

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verwaltung: Drag 11, Neftánská 15 • Prag 1, 20705, 31400, Kothrbáň, (ab 21 Uhr) : 53555 • Dofkřídání: 57544

12 Jahrgang.

Donnerstag, 15. Dezember 1932

Nr. 295.

Budgetprovisorium vom Ministerrat gebilligt.

Prag, 14. Dezember. In der heutigen Sitzung des Ministerrates wurde der Entwurf der Regierungsvorlage betreffend die provisorische Führung der Staatsgebarung vom 1. Jänner bis 28. Jänner 1933, d. i. des Entwurfes eines Budgetprovisoriums gebilligt, welcher die Ermächtigung der Regierung enthält, die Staatswirtschaft auf Grund des von der Regierung vorgelegten Finanzgesetzes und Staatsvoranschlags für das Jahr 1933 bis zur verfassungsmäßigen Annahme des Budgets, spätestens bis Ende Jänner nächstens Jahres zu besorgen.

Ferner wurde der Entwurf einer Regierungsvorlage über die Abänderung des Gesetzes betreffend die Umsatz- und die Luxussteuer gebilligt, welche Gesetzesnovelle im Rahmen der Bedeckungen zur Beilegung des Budgetdefizites unerlässlich notwendig ist.

Ferner wurden gebilligt: Der Entwurf einer Regierungsverordnung betreffend die Festsetzung der Höhe des Sanitätszuschlages für das Jahr 1933 in der bisherigen Höhe, und eine Abänderung der Regierungsverordnung betreffend die Einberufung einer Kommission für die Kononometrisierung der öffentlichen Verwaltung.

Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht aus der Sitzung der Komittees der politischen und der Wirtschaftsmiister. Schließlich wurde die Tagesordnung der laufenden administrativen, wirtschaftlichen und Personalangelegenheiten durch beraten.

Papens „Hauptwerk“ besichtigt.

Berlin, 14. Dezember. Die Reichsregierung hat heute die Aufhebung der Verordnung zur Vernichtung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, die Zulagen und Prämien für Reueinstellungen vorseht, vom 5. September 1932 beschlossen. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben und ihre Arbeitnehmerhaftung vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterbrechung noch bis zum 31. Jänner 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der weite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiete Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Jänner 1933 zum Wegfall.

Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz verlegt.

Genf, 14. Dezember. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, in dem nun wieder der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, erschienen war, trat heute vormittags unter dem Vorsitz Hendersons zu einer Sitzung zusammen. Henderson gab seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß Deutschland wieder seinen Platz in der Konferenz eingenommen habe, worauf der deutsche Vertreter erklärte, daß die Vereinbarung vom 11. Dezember im Geiste guten Willens und gegenseitigen Vertrauens geschlossen worden sei. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz zu schnellen und wirksamen Ergebnissen führen werde. Der Hauptausschuß verlegt sich sodann auf den 31. Jänner 1933. Vorher wurde einstimmig eine Entschickung zu der Vereinbarung der fünf Mächte vom 11. Dezember angenommen.

Prager Vereinbarungen unverändert bis Mitte 19 3 verlängert.

Prag, 14. Dezember. Heute fand im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter Vorsitz des Ministerialrates Dr. Surz die Schlussberatung betreffend die Verlängerung der sogenannten „Prager Vereinbarungen“ vom 15. April 1932 über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Gruben des nordböhmischen Braunkohlenreviers statt. Nach ganztägigen Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt und die Prager Vereinbarungen bis Ende Juni 1933 verlängert. Beide Parteien brachten die Bereitschaft zum Ausdruck, vor Ablauf der Vereinbarungen über eine weitere Regelung der Verhältnisse in diesem Revier zu verhandeln.

Ausgeglichenenes Krisenbudget.

Starke Herabsetzung der Ausgaben — Personalbudget um 600 Millionen reduziert. Etwa 900 Millionen neuer Einnahmen.

Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1933.

Nach dem gestern im Abgeordnetenhause eingebrachten Finanzgesetz, in welchem der Staatsvoranschlag für 1933 festgelegt wird, betragen:

	1933	1932
die gesamten Staatsausgaben	8.632.537.770	9.318.708.600
die gesamten Staatseinnahmen	8.634.170.060	9.323.376.000
Der rechnermäßige Ueberschuß beträgt also	1.632.290	4.667.400

Das Budget der staatlichen Unternehmungen weist folgende Gesamtsummen auf:

	1933	1932
Ausgaben	7.867.056.290	8.929.634.960
Einnahmen	2.073.630.000	10.459.730.300
Betriebsergebnisse	1.699.198.310	1.578.866.100
Betriebsverluste	492.624.600	48.770.760

Von dem erzielten Gewinn der staatlichen Unternehmungen werden 1.419.594.810 Kč (im Vorjahre 1.479.146.000 Kč) an die Staatskasse abgeführt.

Für Investitionszwecke der Staatsbetriebe sind ferner nur 314.324.800 Kč (im Vorjahre 1.032.827.800 Kč) vorgesehen, von denen neuer 347.050.400 Kč (im Vorjahre 762.912.500 Kč) durch Kreditoperationen beschafft werden sollen.

Exposee des Finanzministers.

Prag, 14. Dezember. Heute wurde im Parlament das Budget für 1933 vorgelegt, dessen Zusammenfassung wir an anderer Stelle ausführlich besprechen. Sofort nach Beginn der Sitzung erbat sich der Finanzminister Dr. Trapl das Wort zu einem Exposee.

Einleitend verwies der Minister auf die Schwierigkeiten, die sich diesmal der Vortragung des Budgets in den Weg stellten, und die in dem Bestreben, die Staatswirtschaft auf eine feste, dem Krisenzustand der ganzen Wirtschaft entsprechende Grundlage zu stellen, ihre Ursache hatten.

Bei der Vorbereitung des heutigen Budgets sei es klar geworden, daß das Gleichgewicht nur durch einen tiefen Eingriff in die Ausgaben Seite herbeigeführt werden könne. Eine erschöpfende Revision aller Ausgabenposten erwies sich als notwendig. Die neue Regierung ist mit erweiterter Verantwortlichkeit an die Arbeit gegangen und fand dabei bei den parlamentarischen Faktoren volles Verständnis.

Die Schaffung neuer Einnahmequellen kam erst zur Sprache, als es sich zeigte, daß das Gleichgewicht allein durch Zuschnitten — selbst das Personalbudget inbegriffen — nicht zu erzielen sei. Die Regierung hat auch für die Ausgaben außerhalb des Budgetrahmens, die sonst aus den Stoffenüberschüssen gedeckt wurden, eine Bedeckung im Budget sichergestellt. Es geschah dies durch Zuschnitten aus der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Ausgaben in der eigentlichen Staatsverwaltung um rund 686 in den Staatsbetrieben um 1062 Millionen gesenkt. Die Einsparungen im Personalbudget betragen einschließlich des Wehrmachtbeitrages in der eigentlichen Staatsverwaltung 2016, in den Staatsbetrieben 429 Millionen.

Auch die Einnahmenseite des Budgets hat wesentliche Änderungen erfahren. Die Einnahmen der Staatsverwaltung sind um 680 Millionen gegenüber dem Vorjahr verringert, die der Staatsbetriebe um 1386 Millionen; davon entfallen allein auf Bahn und Post nicht weniger als 1061,4 Millionen an Einnahmerrückgang.

Die bisherigen Ausgaben „außerhalb des Budgets“ figurieren diesmal in der dritten Gruppe

des Budgets. Hier finden wir einen Posten von 125 Millionen zur Deckung des Abganges der Raschau-Eberberger Bahn und nicht weniger als 700 Millionen an außerordentlichen Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge. Bei den Mehreinnahmen wird hier die Zuweisung an die Länder von bisher 800 auf 925 Millionen erhöht, womit diese Schalte voll gedeckt erscheinen.

Es mußten also diesmal hier nicht weniger als 950 Millionen frisch gedeckt werden. In ihrer Deckung wurden durchwegs Einnahmen vorübergehender Natur verwendet,

nämlich die Zuschläge zur Umsatzsteuer (einschließlich der zu erhöhenden Pauschale bei Spiritus, Benzin, Bier und Fleisch) und bei der Einkommensteuer die Zuschläge und die erwarteten Mehreinnahmen infolge der strengeren Zurechnungsbestimmungen, die heute vorgelegt wurden. Endlich gehört hierher der Ertrag der einmaligen Notabgabe.

Die restlichen neuen Einnahmen, die erst durchgeführt werden sollen, sind bei den entsprechenden Posten des Budgets eingerechnet; sie sollen 705 Millionen ausmachen.

Auf der Einnahmenseite wurde durch Herabsetzung der Prämienleistungen bei einer ganzen Reihe von Posten den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen.

Diese neuen Einnahmen von über 700 Millionen sind nach der Meinung Trapls nicht als neue Belastung der Volkswirtschaft anzusehen. Allein 150 Millionen entfallen auf die Verschärfung der Steuererhebung. Soweit die neuen Steuern eine tatsächliche Erhöhung der Steuerbelastung bedeuten, so können sie doch nicht die Zurechnen der Produktions- wie der Verbrauchskreise ernst berühren. Bei der neuen Autokenn- und Transportsteuer wiederum geht es um den Ausgleich einer Diskrepanz, die zwischen der Steuerbelastung des Eisenbahns und des Autoverkehrs bisher unrichtig bestand. Die Aufhebung der 150.000-Kronen-Grenze für die Zuschlagfreiheit der Umsatzsteuer und die Notabgabe der juristischen Personen in Handel, Industrie und Finanz soll einen gewissen Ausgleich der Opfer herbeiführen, die entsprechend dem Einkommen und dem Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit auf alle Schichten der Bevölkerung verteilt werden müssen.

Alle diese Opfer sind nur vorübergehend. Besseren müssen sich alle bewußt sein, die nun in erhöhtem Maße namentlich zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben der Krisenzeit herangezogen werden.

Die Ausgabenposten im Budget sind eine maximale Grenze, die nicht überschritten, so möglichst nicht einmal voll erschöpft werden dürfen. Gerade heute ist von dem Budgetgleichgewicht das

(Schluß auf Seite 2)

Der Staatsvoranschlag wurde fast wie früher im Oktober dem Abgeordnetenhause neuer erst im Dezember vorgelegt. Diese Verspätung von zwei Monaten allein zeigt schon daß an der Zusammenstellung des Voranschlags gründlicher gearbeitet werden mußte als in früheren Jahren. Das hat seinen Grund darin, daß die gesunkenen Staatseinnahmen — auch die gesunkenen Einnahmen der Staatsbetriebe — das Budget aus dem Gleichgewicht gebracht und zu einem Defizit von zweieinhalb Milliarden Kronen geführt haben. Dieses Defizit mußte beseitigt und der Voranschlag ins Gleichgewicht gebracht werden, sollte nicht die ganze Staatswirtschaft schwer erschüttert, die Währung gefährdet werden.

Der Finanzminister hat sich die Maßnahmen, die dazu hätten führen sollen, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, ganz anders vorgestellt. In seinen Vorschlägen befanden sich u. a. eine lineare Kürzung der Staatsangestelltenbezüge um 15 Prozent, der Abbau der Arbeitslosenfürsorge, die Kürzung der Renten der Kriegsinvaliden, Erhöhung von Waffensteuern, Neueinführung einer Kopfsteuer. Statt dessen haben wir, daß zwar ein Abbau der Bezüge der Staatsangestellten durchgeführt wird, bei diesem Abbau aber soziale Gesichtspunkte maßgebend sind, wobei ein Teil der Staatsangestellten vom Abbau verschont bleibt, daß keine Verteuerung wichtiger Lebensmittel durch neue Waffensteuern erfolgt, daß der Angriff auf die Arbeitslosen und Kriegsinvaliden abgewehrt wurde. Das alles ist das Verdienst der parlamentarischen Koalitionsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie. Zum ersten Male seit 1920 hat das Parlament die Möglichkeit gehabt, auf die Gestaltung des Budgets wirklichen Einfluß zu nehmen.

Nach dem gestern vorgelegten Budget weisen die Gesamtausgaben für die staatliche Administrative für das Jahr 1933 8632 Millionen Kronen gegenüber 9318 Millionen Kronen im Vorjahre aus; die Ausgaben sind also um 686 Millionen Kronen geringer. Die Einnahmen besetzen sich auf 8634 Millionen Kronen gegen 9323 Millionen im Vorjahre, sind also um 689 Millionen Kronen geringer. An den geringeren Gesamtausgaben haben alle Ressorts Anteil. So sind die Ausgaben für den Präsidenten der Republik und seine Kanzlei um 5,5 Millionen Kronen geringer, für das Parlament um 5 Millionen, für das Ministeriumspräsidium um 10 Millionen, für das Ministerium des Äußern um 13 Millionen, für das Ministerium für nationale Verteidigung um 57 Millionen, für das Innenministerium um 51 Millionen, für das Justizministerium um 33 Millionen, für das Schulministerium um 35 Millionen Kronen (auch das Budget für Kinderheime wird von 29 auf 17 Millionen Kronen herabgesetzt), für das Landwirtschaftsministerium um 33 Millionen, für das Handelsministerium um 11 Millionen, für das Ministerium für öffentliche Arbeiten um 195 Millionen, Post-administrative 1,5 Millionen, Eisenbahn-administrative 3,5 Millionen (abgegeben von der Post und Eisenbahn als Staatsunternehmungen), für das Ministerium für soziale Fürsorge um 9,5 Millionen, Gesundheitsministerium um 3 Millionen, Finanzministerium um 181 Millionen Kronen geringer als im Vorjahre.

Ebenso sind die Ausgaben der staatlichen Unternehmungen geringer. Bei der Tabakregie um 96 Millionen Kronen, bei der Post um 177 Millionen und bei der Bahn um 670 Millionen Kronen, wobei die beiden größten Staatsbetriebe eine ganz verschiedene Entwicklung aufweisen. Während bei der Tabakregie der Gewinn auf mehr als

eineinhalb Milliarden veranschlagt wird, wird bei den Eisenbahnen das zu erwartende Defizit auf eine halbe Milliarde geschätzt. Man sieht, die Bahnen sind das Sorgenkind des Staates. In dem Budget der Staatsbetriebe ist übrigens noch ein wunder Punkt, nämlich die Herabsetzung der Investitionen um volle 50 Prozent, von 1033 auf 514 Millionen Kronen. Diese Differenz wird ebenso wie die für das Ministerium für öffentliche Arbeiten geringere veranschlagte Summe durch die im Frühjahr zu erwartende Investitionsanleihe hoffentlich wettgemacht werden.

Was den Anteil der Selbstverwaltungskörper betrifft, ist dieser größer als voriges Jahr. Während im Vorjahr der Selbstverwaltung 1520 Millionen zugewiesen wurden, sind es heuer 1640 Millionen, wobei allerdings die Wehrzuweisung ganz auf die Lehrgeschäfte entfällt. Im Vorjahr wurden hierfür 800 Millionen, heuer aber 925 Millionen veranschlagt. Die Ausgaben für Zinsen und Amortisation der Staatsschuld, die voriges Jahr mit 2160 Millionen Kronen veranschlagt wurden, sind dagegen heuer nur mit 1996 Millionen angenommen.

Das vorgelegte Budget hat Licht- und Schattenseiten. Es ist ein Werk des Kompromisses unter den Koalitionsparteien. Wohl hat die parlamentarische Siebenerkommission ein ganz anderes Budget zustandegebracht als es die Bürokratie des Finanzministeriums getan hätte. Aber in der Schlussredaktion des Budgets wurden nicht alle Streichungen berücksichtigt, welche der Siebenerausschuß vorgeschlagen hatte, weder beim Dispositionsfonds noch vor allem beim Ministerium für nationale Verteidigung. Vielfach haben auch die Streichungen der Siebenerkommission anderswo hingezielet, als wie die hohe Bürokratie daraus gemacht hat und es bleiben noch manche Aufgaben übrig, welche durch die Ersparungskommission, die nun geschaffen werden soll, werden gelöst werden müssen.

Andererseits ist der große Unterschied des dem Abgeordnetenhause vorgelegten gegenüber dem vom Finanzminister geplanten Budget geradezu in die Augen springend. Was da der Siebenerausschuß geleistet hat, wurde schon vorhin erwähnt. Es muß nur noch hervorgehoben werden, daß beispielsweise die Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge, die auf 700 Millionen Kronen im Jahre 1933 geschätzt werden, heuer ganz anders sichergestellt sind als im Vorjahr. Während im Vorjahr der größte Teil der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützungen auf den Weg von Kreditoperationen gewiesen wurde, ist heuer für die Bedeckung in viel verlässlicher Weise im Budget selbst vorgeesehen, so daß die Arbeitslosenunterstützungen für das nächste Jahr allem menschlichen Ermessen nach gesichert erscheinen.

Nachdem das Budget ins Gleichgewicht gebracht wurde, beginnt jetzt eine Reihe großer Aufgaben für Parlament und Regierung. Die gesetzgebenden Körperschaften werden eine ganze Menge von

Vorlagen, über die der Ministerpräsident gestern den Journalisten Mitteilung gemacht hat — wir berichten darüber an anderer Stelle — zu erledigen haben. Es wird im Frühjahr voraussichtlich zu einer Investitionsanleihe kommen, durch welche ein Teil der Arbeitslosen wird beschäftigt werden können. Es wird auch den Selbstverwaltungskörpern die Möglichkeit gegeben werden müssen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etwas zu tun, es wird an die Senkung des Zinsfußes geschritten werden und es werden die zerstörten internationalen Handelsbeziehungen der Fischwirtschaft wieder aufgebaut werden müssen, ohne die eine Beschäftigung der in den Exportindustrien, insbesondere in den deutschen Gebieten tätigen Arbeiter, ohne die eine wirk-

Das Exposé Trapls:

(Schluß von Seite 1)

Schicksal aller Staatsbürger abhängig, das sich nur dann günstig entwickeln kann, wenn sich die gesamte Volkswirtschaft auf eine geordnete staatliche Finanzwirtschaft und auf eine feste Währung stützen kann.

Der Minister kündigte an, daß die Kommission zur Oekonomisierung der öffentlichen Verwaltung darangehen wird, die Einrichtungen der Staatsverwaltung und ihre Arbeitsmethoden systematisch so zu gestalten, daß sie ihrem Zweck aufs beste dienen, auch um den Preis der größten Sparamkeit. Die Notwendigkeit einer Reorganisation ist bei den Staatsbetrieben noch größer.

Auch der Geldmarkt müsse allmählich wieder in normale Bahnen geleitet werden. Unsere Wirtschaft hat in der Krise eine ungewöhnliche Widerstandskraft bewiesen. Seit Beginn der Krise mußten etwa 3 Milliarden kurzfristige Auslandskredite zurückgezahlt werden, ganz abgesehen von unseren eingefrorenen Krediten für unsere Exportware. Trotzdem war nicht in einem einzigen Falle ein Moratorium für ein Geldinstitut notwendig. Die staatlichen Anstalten nach dem Bankengesetz waren ein Minimum im Vergleich mit den Maßnahmen anderer Staaten.

Trapl betont in diesem Zusammenhang die unbedingte Notwendigkeit einer Zinsfußsenkung. Die verminderte Kaufkraft erfordert auch ein Eingreifen in die Preisverhältnisse, wie schon in der Regierungserklärung ausgeführt wurde. Die Einbußen der Landwirtschaft verschwanden vielfach in den Zwischenhandelsgewinnen; auch die industriellen Kleinhandelspreise haben noch keine entschiedene Entwicklung auf ein angemessenes niedrigeres Niveau durchgemacht. Hier stehen vielfach Preisvereinbarungen im Wege, die mit den niedrigen Produktionskosten nicht vereinbar sind. Auch hier müßte die Wirtschaft gewisse Konsequenzen ziehen, um wieder ins Gleichgewicht zu kommen.

Auf die internationalen Handelsbeziehungen übergehend, stellte Trapl fest, daß die Fischwirtschaft immer und unter allen Umständen ihre Verpflichtungen erfüllt hat, gegen die inländischen wie die ausländischen Gläubiger. Die Abwehr gegen die Einfuhrbeschränkungen durch andere Staaten wurde uns nur aufzuerlegen; diese Einfuhrbeschränkungen gingen nicht von uns aus.

Wir sind bereit, an der allmählichen Beseitigung der heutigen einschränkenden Maßnahmen und Zollmauern unter der Voraussetzung mitzuarbeiten, daß man zu einem Verständnis für die gegenseitigen Exportbedürfnisse gelangt. Als Vorbereitung hierzu

werden wir unser Devisen- und Bewilligungs-

regime zugleich mit dem Kompensationsregime revidieren müssen.

damit es, wenn es uns hinreichenden Schutz für unsere Währungs- und Handelsinteressen bietet, nicht den gleichen Interessen der anderen Staaten mehr im Wege sei, als es bei der Wahrung unserer Interessen notwendig ist. Durch diese Reorganisation müssen wir auch erzielen, daß die Interessen unserer landwirtschaftlichen wie industriellen Produktion unter allen Umständen im Rahmen unserer Handelspolitik in Uebereinstimmung gebracht werden.

Dieses Vorgehen muß von dem Bestreben geleitet sein, den Hunderttausenden Mitbürgern, die aus dem Arbeitsprozeß infolge der Krise ausgeschaltet wurden, wieder die Rückkehr zu ihrer früheren Beschäftigung zu ermöglichen. Das Budget gedenke in seinen vorübergehenden Maßnahmen an diese darbedürftigen Mitbürger, daß ihnen wenigstens teilweise Unterstützung in der für sie so schweren Zeit zuteil werde. Dadurch könne jedoch die Pflicht des Staates nicht konsumiert sein. Der Staat müsse ein Interesse daran haben, daß diese Mitbürger Arbeitsgelegenheit erhalten, denn der hierfür empfangene Lohn ist die einzig begründete wirtschaftliche und moralische Voraussetzung für ihren Unterhalt.

Der Staat wird im kommenden Jahr wenigstens teilweise zur Linderung der Arbeitslosigkeit durch Investitionen beitragen. Im Budget der staatlichen Unternehmungen sind Investitionen in der Höhe von 514 Millionen vorgelesen; weitere Investitionsarbeiten sind im Rahmen der verschiedenen Fonds gesichert. Allein der Straßensfonds rechnet mit einem Aufwand von 384 Millionen für die staatlichen und 120 Millionen für die nichtstaatlichen Straßen.

Die Mehrzahl der staatlichen Investitionen sei freilich nur im Kreditwege möglich und der Staat werde diese Arbeiten nur durchführen können, wenn er sich den Kredit auf dem Geldmarkt verschaffen könne. Die Voraussetzung hierfür, das Vertrauen in die Staatswirtschaft, sei durch die Vorgabe des ausgeglichenen Budgets wesentlich gefördert worden.

Die erwarteten großen Sensationen blieben aus, so daß das zahlreiche Publikum wieder einmal nicht auf seine Rechnung kam. Die Kommunisten beschränkten sich auf ein paar Zu- und Zwischenrufe, die aber bald abklangen. Auch das Interesse der Koalitionsabgeordneten an der mit leiser Stimme vorgetragenen Rede des Ministers hielt nicht allzulange an. Erst am Schluß hatte Trapl bei den bürgerlichen Koalitionsparteien lebhaften Beifall.

Die erwarteten großen Sensationen blieben aus, so daß das zahlreiche Publikum wieder einmal nicht auf seine Rechnung kam. Die Kommunisten beschränkten sich auf ein paar Zu- und Zwischenrufe, die aber bald abklangen. Auch das Interesse der Koalitionsabgeordneten an der mit leiser Stimme vorgetragenen Rede des Ministers hielt nicht allzulange an. Erst am Schluß hatte Trapl bei den bürgerlichen Koalitionsparteien lebhaften Beifall.

Die erwarteten großen Sensationen blieben aus, so daß das zahlreiche Publikum wieder einmal nicht auf seine Rechnung kam. Die Kommunisten beschränkten sich auf ein paar Zu- und Zwischenrufe, die aber bald abklangen. Auch das Interesse der Koalitionsabgeordneten an der mit leiser Stimme vorgetragenen Rede des Ministers hielt nicht allzulange an. Erst am Schluß hatte Trapl bei den bürgerlichen Koalitionsparteien lebhaften Beifall.

Mein lieber Mann hat für mich

die „Anquiltedene“, das Wochenblatt der Frau

bestellt!

Einzel 60 Heller in jeder Anzahl erhältlich. — Vierteljahrspreis mit Postaufschlag Ks 7.50. Verwaltung Prag II, Rejzantska 18.

Ueber Antrag der Koalition wird über die Erklärungen des Ministers die Debatte erst nach den Ausschußverhandlungen über das Budget abgeführt und mit der Budgetdebatte vereinigt werden.

Hierauf ging das Haus zur Erledigung der Tagesordnung über. Zur Verhandlung stand die Ermächtigung an die Regierung zur Uebernahme der Staatsgarantie für eine Investitionsanleihe der Karpathorussischen Elektrizitätsgesellschaft in Ungarn.

In der Debatte sprachen nur Kommunisten von allen möglichen anderen Dingen; dann wurde die Vorlage angenommen.

Nächste Sitzung Freitag, den 16. ds., um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Novelle zur Exekutionsordnung, an der heute der Verfassungsausschuß einige Änderungen vorgenommen hat.

Morgen vormittags nimmt der sozialpolitische Ausschuß bereits die Beratung des Gehaltsgesetzes, der Verfassungsausschuß die Beratung des Entwurfes über die Spar- und Kontrollkommission auf. Der erste Entwurf der Regierung, der im Sommer bereits Gegenstand der Ausschußverhandlungen war, ist gestern von der Regierung zurückgezogen worden.

Wann der Budgetausschuß die Beratung des Budgets aufnimmt, das heute ebenfalls schon zugewiesen wurde, steht noch nicht fest.

Die Personalausgaben.

Nach einer genauen Aufstellung stehen in dem Budget der eigentlichen Staatsverwaltung den Sachausgaben in der Höhe von 4.773.559.970 Kronen Personalausgaben in der Höhe von 3.858.977.800 K gegenüber. In letzteren sind 865.893.000 K an Pensionen eingerechnet. Die Pensionsbeiträge der Angestellten in der eigentlichen Staatsverwaltung erreichen demgegenüber (schon nach der durchgeführten Erhöhung um zwei Prozent) lediglich einen Betrag von 199.974.500 K. Die Personalausgaben der eigentlichen Staatsverwaltung erreichen also eine Höhe von 44,70 Prozent.

In dem Budget der Staatsbetriebe betragen die Sachausgaben 4.017.501.850 K, die Personalausgaben nur um ein Geringes weniger, nämlich 3.849.554.440 K, darunter 957.854.100 K für Pensionen. Hier erreichen also die Personalausgaben nicht weniger als 48,94 Prozent des gesamten Budgets.

Wie die Steuern verteilt sind

Aus einer ausführlichen Uebersicht über die Verteilung der Steuern und Abgaben geht hervor, daß der Anteil der direkten Steuern an der Gesamtsumme der direkten, der Verbrauchs- und der Konsumsteuern trotz der Erhöhung der Einkommensteuer von 28,57 auf 27,48 Prozent zurückgegangen ist. Der Anteil der Verbrauchsteuern ist von 38,37 auf 41 Prozent gestiegen, der der Handelssteuern von 33,06 auf 31,52 Prozent zurückgegangen.

20
Franz HOLLER
Der k. u. k. Sanitätsdickus

Emil wurde eingeweiht und wollte sein Werk beginnen, da meinte der Oberleutnant: „Ich wäre einverstanden, das Honorar bekommen Sie in drei Raten, ein Drittel gleich, ein Drittel bis wir in der Mitte stehen und ein Drittel bis wir fertig sind.“ Darauf erwiderte Emil: „Und Sie können mir den Rücken herunterreiben in drei Raten, das unterste gleich, das mittlere bis Sie in der Mitte sind und das oberste zum Schluß.“

Der Chef hatte sich achselzuckend erhoben und stellte sich an, seinen Uebersetzer anzuziehen. Das machte den Oberleutnant williger, er erlegte die sechshundert Kronen, Herrleben strich das Geld ein und erklärte, die Herren nicht länger stören zu wollen. Emil sagte: „Achtung! liegt relativ einfach, Sie klingen über Magen-Drücken und die Kerze finden nichts, was den Druck verursachen könnte.“ „Achtung! werde Ihnen etwas verabreichen, das müssen Sie schlucken, worauf sich zwar das Drücken ein wenig steuern wird, aber dafür werden die Herren Kerze einen einwandfreien, überzeugenden Befund erheben können, und Sie einverstanden?“

„Wenn das Zeug nicht allzu schlecht schmeckt.“ „Es schmeckt noch gar nicht.“ Und er reichte ihm einen Schotterstein. Es war gewiß nicht Emils Schuld, wenn sich der Oberleutnant nicht entschließen konnte, hineinzu- beißen. Daber machte es auf ihn auch weiter keinen besonderen Eindruck, daß Burdach das Establishement als unrelles Schwindelunternehmen bezeichnete und sein Geld zurückverlangte, mit dem allerdings der Chef schon verschwunden war. Er nahm auch die Fläche und Nachschwüre des Abgehenden

nicht sonderlich ernst, indem er dachte: Du bist nicht einmal beim Militär gegen mich angekommen, was willst du mir heute antun, wo der Dred dein Onkel ist und kein Armeekommandant.

Allein es ist immer ein Fehler, wenn man den Gegner unterschätzt. Der Oberleutnant mußte ins Feld, zuvor aber hatte er seine Sache guten Freunden übergeben und diese stichelten und bohrien so lange, bis eine Untersuchungskommission eingesetzt worden war, welche Licht in das dunkle Unternehmen bringen sollte. Man stellte sich übrigens die Arbeit dabei selbst durchaus nicht so einfach vor, wie nach dem Schottersteinrezept zu erwarten wäre. Da gab es furchtbare Seelen, die eingreifendere Prozeduren absehnten, offenbar in der Vorstellung, die markierten Krankheiten könnten dadurch wirklich manifest werden; andere würden vor dem Reizmittel unversichert, kamen aus dem Konzept, versagten die Gebrauchsanweisung, so daß Beschwerden und Befund nicht zusammen paßten und dergleichen mehr. Auch wurden die Militärärzte mit der langen Dauer des Krieges immer gewichtiger und den gehäuft auftretenden Krankheiten gegenüber immer mißtrauischer, wie ja überhaupt die Sprichwörterliche, in zahllosen Anekdoten anerkannte Dummheit dieser Herren die unangenehme Eigenschaft zu haben scheint, zu verschwinden, sobald man sich auf ihr Konto etwas zugute kommen lassen will. Daher mußte Emil, um das Unternehmen auf der Höhe seines Renommés zu erhalten, immer etwas Neues erfinden und das hatte allerhand Schwierigkeiten.

Er war eben mit der Verfassung eines großen wissenschaftlichen Werkes beschäftigt, als er von der brüsk hereinrührenden Untersuchungskommission überrollt wurde. Mit Seelenruhe übernahm er dem Offizier die Schriften. Das Werk führte den Titel: Die wissenschaftliche Exploitation der Propheten des alten und des

neuen Testaments für die Kriege der österreichischen Monarchie.

„Sie werden mir doch nicht einreden wollen, daß Sie und Ihr Chef von so etwas leben können.“ Und er warf die Schrift auf den Tisch.

„Also, wenn Sie für das Werk weiter kein Interesse haben, kann ich es ja aufräumen, es ist nicht dazu bestimmt, von rauhen Händen lieblos ausgeschmissen zu werden.“ Und das war es in der Tat nicht, das bewies schon der Untertitel, der sich allerdings nicht auf dem Umschlage, sondern erst auf der zehnten Seite befand und vom Unkundigen übersehen werden mußte. Nur der Käufer wurde unterrichtet, daß bloß jede zehnte Seite zu lesen war, alles was dazwischen stand, war nur zur Verschleierung der Wahrheit bestimmt. Also der Untertitel lautete: Wie markiere ich erfolgreich religiösen Wahnsinn, eine aufklärende Schrift, gegliedert nach den verschiedenen Konfessionen der österreichischen Monarchie.

Da in dem Establishement jedes Pläschchen, jede Maild und jedes Wort zumindest doppelte Bestimmung und Verwendung hatte, war es der Kommission nicht möglich, irgend etwas aufzudecken. Hingegen hatte die Eigenespionageabteilung des Kriegsministeriums festgestellt, daß Patrioten von Rang und Format zu den Kunden des Unternehmens gehörten und da Oesterreich zwar stets an Ehren reich, an Standesaffären aber nicht gerade arm war, entsandte man einen möglichst loyalen militärischen Würdenträger, mit der Aufgabe, das Unternehmen, ohne jedwedes Aufsehen zu erregen, nötigenfalls sogar unter Geldopfern zu liquidieren. Dazu erschien den Herren vom Kriegsministerium Emils Freund, Erzellenz, der mit Wortgebüht beurlaubte Divisionär, als der geeignete Mann. Einen beseren hätten sie auch nicht finden können; er hatte in einer kurzen Unterredung unter vier Augen Herrleben dazu bewooren, sein Unternehmen aufzuklären, was an Vorräten, Anstalts-

karten, Losen da war, dem Roten Kreuz zu vermachen und den Mund zu halten. Als Gegenleistung beanspruchte Herrleben nur einen kleinen Orden oder Titel, womöglich den des kaiserlichen Rates. Erzellenz versprach, alles zu versuchen, was in seinen, vorläufig leider ach so schwachen Kräften stünde. Was aber sollte aus Emil werden? Erzellenz meinte vertraulich: „Man beginnt langsam das schwere Unrecht, welches man mir angetan hat, einzusehen, es ist etwas in Schwäche, mehr kann ich Ihnen vorläufig noch nicht sagen, mein lieber, alter Melisch, nur eines möchte ich Sie fragen: Würden Sie sich denn entschließen, noch einmal mit mir zusammen ins Feld zu ziehen?“

„Erzellenz, mit Ihnen zusammen bis ans Ende der Welt, aber ins Feld nicht mehr.“

„Warum denn nicht? Es soll Ihnen nicht schlecht gehen, Freud und Leid wollen wir teilen, wie zwei gute Kameraden.“

„Ja, bin davon überzeugt, Erzellenz, aber ich fürchte, der eine hätte die Freunde und ich das Leid. Und dann, Erzellenz, man hat meinen militärischen Ehrgeiz zu schwer beleidigt, meine Kollegen von der Hochschule sind jetzt Regimentärzte und Stabsärzte und ich soll ewig Fabrich bleiben, nein, da verzichte ich lieber auf die Ehre, mich für den Kaiser herumzuschlagen. Das können die Herren Universitätsprofessoren, die mit meinen Klaffstiefeln nicht gegönnt haben, für mich tun.“

Gerührt umarmte der greise General seinen Uebersetzer zum Abschied und wünschte ihm viel Glück. Emil wagte es, ihm sein wissenschaftliches Werk mit einer ehrfurchtsvollen Widmung versehen zu unterbreiten. Unter seiner Unterschrift standen noch einige Zeilen, die, obwohl in einer ihm bis dahin unbekanntem Schrift und Sprache verfaßt, Erzellenz sofort richtig zu deuten wußte, nämlich als Widmung des zweiten Mitarbeiters, Herrleben, welcher für die andere Konfession zeichnete.

(Fortsetzung folgt.)

Das Finanzgesetz:

700 Millionen für Arbeitslosenfürsorge außerhalb des Fürsorgebudgets.

Das Finanzgesetz bestimmt die Staatsausgaben mit dem Betrag von 8.632.537.770 K., die Staatseinnahmen mit 8.634.170.060 K.

Bahnen erfordern 238 Millionen Zuschuß.

Den Staatsbahnen wird aus dem Ertrag der Verkehrsteuer ein Betrag bis zur Höhe von 400 Millionen zur Deckung der Betriebsausgaben belassen.

Die Arbeitslosenfürsorge.

Für die Arbeitslosenfürsorge aus dem Titel der außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse wird für 1933 ein Betrag bis zur Höhe von 700 Millionen Kronen festgesetzt.

Fondsdotierungen gekürzt.

Im Artikel V werden die gesetzlichen Jahresdotierungen an die verschiedenen Fonds für 1933 gekürzt, und zwar für den Restitutionsfonds von 40 auf 32,5 Millionen.

Verschärftes Strafverfahren gegen Steuerdefraudanten soll 80 Millionen eintragen.

Die Vorlage über die Ergänzung der Strafbestimmungen des Gesetzes über die direkten Steuern, die Dienstag vorgelegt wurde, soll der Finanzverwaltung die Mittel an die Hand geben, die Steuerermoral zu heben und Steuerdefraudationen zu verhindern.

60 Millionen aus dem Konsolidierungsfonds.

Zur Deckung der Verzinsung, Amortisierung und der Verwaltungsfoften tragen diesmal nicht nur die Staatsbetriebe mit 362,0 und die Gemein-same Kasse (Caisse commune) mit 41,7 Millionen bei, sondern auch der Konsolidierungsfonds mit 60 Millionen.

Weitere Sparvorschriften.

Die weiteren Bestimmungen des Finanzgesetzes bringen die üblichen Vorschriften über die Disponierung mit den bewilligten Mitteln, die nur im Rahmen der Budgetermächtigung erfolgen darf.

347 Millionen Investitionskredite.

Weitere Ermächtigungen betreffen Anleiheausgaben für die Bahnen (282 Millionen), für die Staatsgüter (27,1 Millionen) und für die Staatsbäder (7,5 Millionen).

Scharfe Kontrolle der Budgetwirtschaft.

Nach verschiedenen weiteren Detailvorschriften wird die Regierung schließlich ermächtigt, detaillierte Vorschriften über die Evidenz und Kontrolle aller erwarteten Staatseinnahmen und Ausgaben zum Zweck der Regelung dieser Ausgaben in den einzelnen Monaten des Budgetjahres nach dem jeweiligen Stand der Staatskasse, weiters über die Evidenz der Zahlungsanweisungen und den Ausweis über die realisierten Ausgaben und Einnahmen zu erlassen.

Die Spar- und Kontrollkommission.

Endlich wurde heute auch noch die Regierungsvorlage über die Errichtung der Spar- und Kontrollkommission vorgelegt. Gegenüber den Anträgen des verfassungsbrechenden Siebenerausschusses, die wir vor etwa vierzehn Tagen veröffentlicht haben, sind ziemlich einschneidende Einschränkungen der Spar- und Kontrolltätigkeit vorgenommen worden.

60 Millionen aus dem Konsolidierungsfonds.

Zur Deckung der Verzinsung, Amortisierung und der Verwaltungsfoften tragen diesmal nicht nur die Staatsbetriebe mit 362,0 und die Gemein-same Kasse (Caisse commune) mit 41,7 Millionen bei, sondern auch der Konsolidierungsfonds mit 60 Millionen.

Weitere Sparvorschriften.

Die weiteren Bestimmungen des Finanzgesetzes bringen die üblichen Vorschriften über die Disponierung mit den bewilligten Mitteln, die nur im Rahmen der Budgetermächtigung erfolgen darf.

Im Artikel XIV wird der Finanzminister ermächtigt, Ueberbrückungskredite aufzunehmen, die bis Ende Februar 1934 abbezahlt werden müssen sowie die zur Prolongierung, Konversion oder Bezahlung der fälligen Staatsschulden nötigen Kreditoperationen vorzunehmen und zur Bedeckung von im öffentlichen Interesse unabweichlichen Maßnahmen Staatsgarantien bis zum Betrage von 150 Millionen zu übernehmen.

347 Millionen Investitionskredite.

Weitere Ermächtigungen betreffen Anleiheausgaben für die Bahnen (282 Millionen), für die Staatsgüter (27,1 Millionen) und für die Staatsbäder (7,5 Millionen).

Scharfe Kontrolle der Budgetwirtschaft.

Nach verschiedenen weiteren Detailvorschriften wird die Regierung schließlich ermächtigt, detaillierte Vorschriften über die Evidenz und Kontrolle aller erwarteten Staatseinnahmen und Ausgaben zum Zweck der Regelung dieser Ausgaben in den einzelnen Monaten des Budgetjahres nach dem jeweiligen Stand der Staatskasse, weiters über die Evidenz der Zahlungsanweisungen und den Ausweis über die realisierten Ausgaben und Einnahmen zu erlassen.

Der Verhaftete muß binnen 48 Stunden einvernommen werden; danach die Gründe der Verhaftung an, so muß die untersuchende Behörde einen Antrag auf Verhängung der ordentlichen Haft dem Erkenntnisinstanz (§ 211 des Gesetzes über die direkten Steuern) stellen.

Der Erkenntnisinstanz muß über den Dolantrag binnen drei Tagen nach Anhörung des Vertreters der untersuchenden Behörde, des Beschuldigten und eines eventuellen Vertreters entscheiden. Weisung Paragrafen regeln das Berufungsverfahren.

Die Vorlage ist bis Ende 1934 terminiert. Bei der Finanzverwaltung sind gegen 4000 Strafverfahren anhängig, bei deren Erledigung nach diesen verschärften Bestimmungen mit einer Mehreinnahme von 60 bis 80 Millionen gerechnet wird.

Die Spar- und Kontrollkommission.

Große Änderungen an der ursprünglichen Vorlage.

Endlich wurde heute auch noch die Regierungsvorlage über die Errichtung der Spar- und Kontrollkommission vorgelegt. Gegenüber den Anträgen des verfassungsbrechenden Siebenerausschusses, die wir vor etwa vierzehn Tagen veröffentlicht haben, sind ziemlich einschneidende Einschränkungen der Spar- und Kontrolltätigkeit vorgenommen worden.

des Budgets, obwohl sich gerade jetzt die parlamentarische Mitarbeit beim heutigen Budget als außerordentlich fruchtbar erwiesen hat.

Die Kontrollfunktion, die das Plenum der Kommission nach dem ursprünglichen Entwurf hatte, ist somit an den Ausschuß übertragen.

Die Kommission kann nur auf Antrag des Ausschusses mit Zweidrittelmehrheit beschließen, zur Untersuchung einer bestimmten Sache die Bestimmung des § 28, Absatz 2, der Geschäftsordnung (Untersuchungskommission) anzuwenden.

Einen eventuellen Bericht erstattet dem Abgeordnetenhaus der Vorsitzende der Kommission, dem Senat der Stellvertreter (ein Senator). Enthält der Bericht einen Antrag, so ist dieser den Budgetausschüssen zuzuwenden; weitere Verhandlungen erfolgen auf Grund der Berichte dieser Ausschüsse.

Herabsetzung der Nebenbezüge der Eisenbahnbediensteten.

Die koalitierten Eisenbahnerorganisationen: „Föderation der Lokomotivführer“, „Jednota zaměstnanců železnice“, „Verband der Eisenbahner haben auf Grund der Nachrichten über Streichungen im Vorschlag des Eisenbahnministeriums um Verhandlungen mit den leitenden Beamten des Eisenbahnunternehmens angefaßt.

Staatsausgaben: Gruppe I: Eigentliche Staatsverwaltung.

Table with 3 columns: 1933, 1932, and a third column for comparison. Rows list various government departments like President, Ministries, and Courts.

Gruppe II: Staatsbetriebe.

Table with 4 columns: Ausgaben, Einnahmen, Gewinn, and a fourth column. Rows list tobacco, postal, railway, and state forests.

Gruppe III: Anteil der Selbstverwaltungskörper und des Straßenfonds an den Staatseinnahmen.

Table with 3 columns: 1933, 1932, and a third column. Rows show shares of self-administration bodies and street funds.

Gruppe IV: Staatsschulden.

Table with 3 columns: 1933, 1932, and a third column. Rows list capital and expenses on interest and amortization.

Streichungen sollen zum 1. Jänner 1933 die Nebenbezüge des Lokomotiv-, Zugbegleitungs- und Stationspersonals um 25 Prozent herabgesetzt, es sollen die außerordentlichen Zulagen der Hilfsbediensteten abgeheft, die Gnadenpensionen herabgesetzt und neben anderen kleineren Sparmaßnahmen der Dienstkleidungsbezug herabgesetzt werden.

Durch diese Ersparungen sollen also die Einkünfte der Eisenbahner, welche als Entschädigung für Sonntags- und Feiertagsarbeit, für Ueberzeitarbeit und für Verpflegung außer Domizil bestimmt sind, geschmälert werden.

Da bei der Gehaltsregelung gerade mit Hinweis auf ihre Nebenbezüge die Eisenbahner in niedrigere Gehaltsstufen eingereiht wurden, bedeutet die vorbereitete Herabsetzung nicht nur eine schwere Schädigung jener Kategorien, welche auf die dauernde Dienstleistung außer der Domizilstation angewiesen sind, sondern auch eine neue Degradierung der Eisenbahner; denn durch diese Herabsetzung sollen auch jene Angestellte geschädigt werden, welche von der Herabsetzung der Gehälter ausgeschlossen sind.

Die Vertreter der koalitierten Organisationen haben die verantwortlichen Beamten befragt, ob es in der Kompetenz des Eisenbahnministeriums liegt, über diese Streichungen zu verhandeln. Es wurde festgestellt, daß das Ministerium mit diesen Streichungen von der parlamentarischen Ersparungskommission beauftragt wurde.

Die koalitierten Organisationen haben die Streichungen als einen schweren Konflikt bezeichnet; sie berufen infolgedessen ihre zuständigen organisatorischen Institutionen ein, damit diese mit Befehlsmäßigkeit über das weitere Vorgehen entscheiden.

White Teeth: Chlorodont

Die neuen Steuervorlagen.

Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Journalisten.

Prag, 14. Dezember. Ministerpräsident Maschpet empfing heute vormittags die Vertreter der Tagespresse zu einer mündlich informativen Besprechung, in der er ohne viel Umschweife, vielmehr bewußt in nüchternen Form auf die Schwierigkeiten der heutigen Zeit zu sprechen kam und schilderte, vor welche dringenden Aufgaben sich die Regierung bei ihrem Amtsantritt sofort gestellt sah. Die nachträglichen Milliardenbesätze mußten aufhören, wenn nicht die Gefahr einer ungerichteten Inflation heraufbeschworen werden sollte; man mußte die Wirtschaft des Staates um jeden Preis den gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten und der gesunkenen Tragfähigkeit der Bevölkerung anpassen. Auf der einen Seite erwuchsen aus der gesteigerten Arbeitslosigkeit neue notwendige Ausgaben, auf der anderen Seite gingen die Einnahmen zurück. Hätte man die Ausgaben des Budgets auf der bisherigen Höhe gehalten, so hätte sich daraus ein Defizit von fast zweieinhalb Milliarden ergeben. Angesichts dieser Ziffern war

Von den neuen Steuervorlagen wird nur ein Teil noch in diesem Monat vorgelegt werden; die Vorlagen, die nur eine einmalige Jahresleistung darstellen, kommen erst Anfangs des nächsten Jahres zur Vorlage.

Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß die Regierung dann mit aller Energie an eine gründliche Herabsetzung des Zinsfußes schreiten werde, damit es so dann auf organischem Wege auch zu einer allmählichen Herabsetzung des allgemeinen Preisniveaus auf ein erträgliches Maß komme. Damit im Zusammenhang stehe eine Neubelebung unseres Wirtschaftslebens und unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Die bestehenden Einfuhr- und Devisenbeschränkungen seien — obwohl auf die Dauer sicher unhaltbar — derzeit doch nicht ganz zu umgehen; aber vielleicht wird man international Wege finden, um ihren allmählichen Abbau zu ermöglichen.

Die einzelnen Reformen wurden fernerhin angeordnet, binnen zwei Monaten Anträge zur Rekonstruktion unseres autonomen Posttarifs vorzulegen, der dann die Grundlage für neue Vertragsabschlüsse — eventuell nach dem Grundsatze der Präferenzen, falls dies nicht international auf Widerstand stößt — zu bilden hätte. Der Ministerpräsident glaubt, daß die kommende Weltwirtschaftskonferenz in London sich auch ernsthaft mit der Frage der Währungsstabilisierung und -sicherung wird befassen müssen, und warnt vor allzu großer Skepsis in der Beurteilung der Erfolgswahrscheinlichkeiten derartiger Konferenzen.

Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen, die er keineswegs als offizielle Erklärung gewertet wissen wollte, mit dem Appell an die Presse zu verantwortungsbewußter Mitarbeit. Er sei durchaus nicht gegen scharfe Kritik, aber die Kritik müsse „mit einer größeren Portion guten Willens“ getätigt werden.

Die Herstellung des Budgetgleichgewichtes

seine letzte Aufgabe. Sie erfolge in dreifacher Art: durch Einsparungen im Sachbudget (900 Millionen), durch Sparmaßnahmen im Personalbudget (600 Millionen) und durch die Schaffung neuer Einnahmen (900 Millionen), wobei das Bestreben abzuwarte, die neue Belastung der Tragfähigkeit entsprechend auf die einzelnen Bevölkerungsschichten zu verteilen. Der Ministerpräsident hob dabei ganz besonders die schwere Arbeit des Budgetschreibertauschusses hervor, dem der Budgetausgleich schließlich doch gelungen ist.

Die Beschaffung der neuen Einnahmen soll einerseits auf gesetzlichem, andererseits auf administrativem Wege erfolgen. Die Vorschläge der Vorlagen, die in der nächsten Zeit zur parlamentarischen Verhandlung vorgelegt werden sollen, sind folgende:

Belebung von Motorfahrzeugen, die bereits dem Senat vorgelegt wurde. Ihr Ertrag wird auf 60 Millionen geschätzt.

Schärfere Erfassung der Abgaben in Amtshandlungen (50 Mill.).

Beschärfung der Strafanzeigen bei direkten Steuern (60 bis 80 Millionen).

Vorlage über die Besteuerung alkoholischer Weine (14 Millionen).

Einführung der Militärausgaben (20 Mill.).

Aufhebung der 150.000 K.-Grenze für die Befreiung von den letzten Zuschlägen zur Umsatzsteuer (70 Millionen).

Steuer von elektrischen Glühlampen (10 Millionen).

Erhöhung der Abgabe von Schürrechten und Grubenmehlen (3,8 Millionen).

Die erste Gruppe des sogenannten Regresses (teilweise Rückzahlung der seinerzeit vom Staate gewährten Anleihen für Baugewerke, die 20 Millionen eintragen soll).

Die einmalige Notabgabe von Gesellschaften, die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegen (100 Millionen).

Ausschub der Gleichstellung der letzten Gruppe der Pensionisten um zwei Jahre (40 Millionen).

Auf administrativem Wege wird die Regierung folgende weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen treffen:

Erhöhung der Abgabe der Benzinzollfreien (40 Millionen).

Erhöhung des Preises des Brennstoffgemisches für Motorfahrzeuge um 20 Heller pro Liter (50 Millionen).

Zweckmäßiger Einhebung der Zollgebühren und Erhöhung einiger Zollsätze (100 Millionen).

Rückzahlung eines Drittels des seinerzeit dem Bodenkampt vom Staat gewährten Vorzuschusses (50 Millionen).

Änderung des Umsatzsteuerpauschales bei Wein (6 Millionen).

Erhöhung der Ein- und Ausfuhrgebühren (3 Millionen).

Erhöhung der Patentgebühren (3 Mill.).

Erhöhung des Umsatzsteuerpauschales für Bier um 5 Heller pro Liter, die auf die Brauereien und die Biere im Verhältnis 3:1 aufgeteilt werden soll (40 Millionen).

Erhöhung der Umsatzsteuer bei Fleisch, die bisher mit 10 Hellern pro Kilo pauschaliert ist (60 Millionen).

Erhöhung der Gebühren für Wappentafeln (10 Millionen).

Heranziehung des Konsolidierungsfonds zur Herabsetzung der Zinsquote der Staatsschuld (60 Millionen).

Nach Durchführung dieser Maßnahmen, deren Effekt allerdings noch nicht in allen Details genau feststeht, ist

Das Budget verläßt im Gleichgewicht.

Es werden nicht nur alle Ausgaben der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe gedeckt, sondern auch alle Ausgaben außerhalb des Budgetrahmens, so namentlich das Defizit der Kaschau-Oderberger Bahn, die Zuweisungen an die Länder für die Scherengeballe und die Ausgaben für die Arbeitslosen (700 Millionen). Die in früheren Budgets noch übliche Formel, daß diese Ausgaben, soweit sie im Budget keine Deckung finden, aus den zu erwartenden Ueberschüssen des Budgets gedeckt werden sollen, wird diesmal nicht angewendet, weil solche Ueberschüsse nicht zu erwarten sind.

Der Streik der Schuldner:

Herriot gestürzt!

Belgien und Frankreich zahlen die Devisenrate nicht. Dramatische Kammersitzung — 402 gegen 187 Stimmen beim Vertrauensvotum. — 380 gegen 57 für Zahlungsaußschub.

Aus Paris kommt die seit gestern erwartete Nachricht, daß nach einer dreistündigen Nachtigung der Kammer das Kabinett Herriot gestürzt worden ist. Die Sitzung hatte mit einer Rede des Deputierten Chaubin von der radikalsten Partei begonnen, der den Standpunkt der Regierung vertrat, daß Frankreich zahlen müsse. Der Hauptgegnerredner war der Sozialist Herriot, der für die sozialistische Partei erklärte, daß sie nunmehr für die Befreiung Frankreichs von den Kriegsschulden kämpfen werde, wie sie früher für die Befreiung Deutschlands von den Reparationen gekämpft habe. Mit der Abkehr der Sozialisten von Herriot war das Schicksal der Regierung eigentlich entschieden. Es gab aber noch ein lautes Ringen. Der dramatische Moment war wohl der, als Franklin D. Roosevelt mit der Nachricht in die Kammer kam, daß Belgien fordern die Zahlung der Devisenrate verweigert habe. Nun stieg Herriot selbst auf die Tribüne, warnte vor den Gefahren der Isolierung Frankreichs, lehnte die Parallele zu Belgien ab, da dieses wirklich nicht zahlen könnte, Frankreich aber in der Lage sei, die 500 Millionen Franken zu begleichen, und appellierte an das Verantwortungsgewissen der Kammer. Die Abstimmung, bei der nur ein Teil der Radikalen und ein paar Splitterparteien und Wände für die Vertrauensfrage stimmten, ergab eine gewaltige, selten große Mehrheit gegen die Regierung, nämlich 402 Stimmen der Sozialisten, der Kommunisten und der Rechten gegen nur 187 Stimmen der Regierungsparteien.

Die Resolution, in der die vereinigten Außen- und Finanzansprüche den Ausschub der Zahlungen fordern, wurde mit 380 gegen nur 57 Stimmen angenommen. Früh um sieben Uhr überbrachte Herriot, dem übrigens in der Kammer selbst und in der Presse auch von seinen Gegnern die wärmsten Sympathien ausgesprochen wurden, dem Präsidenten der Republik, dem Palais Elisee die Demission des Kabinetts. Als Nachfolger werden Daladier, Chauvignac, Cabal und wieder einmal Cail- lauz genannt.

Die Entscheidung der französischen Volksvertretung wird nicht nur für die Regelung der Schuldfrage selbst von größter Bedeutung sein, sie kann auch außenpolitisch einen Umschwung herbeiführen. Mit dieser Entscheidung ist das französisch-britische Uebereinkommen über den Haufen geworfen worden und die Stimmen der amerikanischen Presse lassen erahnen, daß man jenseits des Ozeans schon jetzt an eine künftige Bevorzugung Englands, also an eine angelsächsische Einheitsfront gegen Frankreich, die Herriot vermeiden wollte, ist jedenfalls für die Pariser Politik die augenblicklich größte Gefahr. Damit würde sich der

Lügenmeldungen über die Arbeitslosenunterstützung.

Keine Herabsetzung des Staatszuschusses!

Der „Benlow“, das nicht sehr seriöse Blatt des Herrn Ministerpräsidenten, „berichtet“ in einer seiner letzten Ausgaben, daß der Ministerpräsident Maschpet erhebliche Herabsetzungen der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung und im besonderen die Streichung von 18 Millionen für den Staatszuschuß „in Aussicht gestellt“ habe. Die Notiz des „Benlow“ war so geschrieben, daß die Leser annehmen mußten, die „Wünsche“ des Ministerpräsidenten seien schon halb, wenn nicht ganz erfüllt.

Die Nachricht wurde auch von den deutschbürgerlichen Blättern übernommen und entsprechend ausgeschmückt. Sie hat in der Arbeiteröffentlichkeit lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen.

Wir sind in der Lage, die Nachricht des „Benlow“ als bloßes agrarisches Hirngespinnst zu bezeichnen, bzw. als frommen Wunschtraum, dem übrigens schon wiederholt von diesem Blatte Ausdruck gegeben wurde. Die Galle, mit der die deutsche Bürgerpresse, insbesondere jedoch das Fabrikantenblatt „Sudetendeutsche Tageszeitung“ die Botschaft des „Benlow“ weiterzugeben hat, läßt darauf schließen, daß solche Wunschträume auch innerhalb des deutschen Bürgertums vorhanden sind.

Von einer Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, insbesondere aber von einer Herabsetzung des Staatszuschusses kann überhaupt nicht die Rede sein. Die Arbeiterschaft wird gut daran tun, alle Nachrichten, die das Gegenteil wissen wollen, als einen Versuch zu werten, Verwirrung in ihre Reihen zu tragen.

deutschen Politik eine große Chance bieten. Seit Jahren war für Deutschland der Augenblick, zu einer endgültigen und unmittelbaren Verständigung mit Frankreich zu gelangen, nicht so günstig wie jetzt. Leider ist der Außenminister der deutschen Reaktion, der Baron Neurath, ganz englisch orientiert und keineswegs der geeignete Mann, den Moment zu nutzen. Auch die Abberufung des Botschafters Goesch wird sich jetzt rächen.

Bemerkenswert ist, mit welchem politischen Takt die Kammer gegen Herriot vorgegangen ist. Obwohl sie der Volksstimmung weichen mußte, die Zahlungen und damit die Politik Herriots in der Schuldenfrage abschätzte, hat sie keinen Augenblick einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie Herriot persönlich und seinen sonstigen Politik in Frage kommt, nicht verlegen wollte. Welcher Unterschied von dem deutschen Verhalten! In Deutschland waren die „Erfüllungs-politiker“, deren Taktik doch genau so wie die Herriots das Beste für das Land erstrebte, die Hellscheide für die wütendste Hege der Gegner, die vor politischem Wort nicht zurückbeugen. In Frankreich lehnt man die Taktik der „Erfüllungspolitik“ zwar ab, man achtet jedoch die Wälder, die diese Taktik für die richtige hielten und verdächtigt sie keinen Augenblick lang, die „Agenten Amerikas“ zu sein. Jedermann ist überzeugt davon, daß auch Herriot Frankreich von der Schuldenlast befreien wollte. Ob seine Taktik die richtige war, ob die Kammer überhaupt einen Mann findet, der mit einer anderen Taktik vorgehen kann, das läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Amerika scheint jedenfalls noch nicht eingeschüchtern zu sein. Wenn die Amerikaner aber in Zahlen und nicht in Worten denken werden, dürfte ihnen klar werden, daß der Generalstreik der Schuldner begonnen hat und daß nur eins übrigbleibt: rasche und gründliche Streichung der Kriegsschulden.

Amerika ist überrascht ...

Washington, 14. Dezember. Die Entwicklung in Paris bildet hier das Tagesgespräch. Die Ueberraschung ist groß, da man noch bis gestern erwartet hatte, daß Frankreich Englands Beispiel folgen und zahlen werde.

Man bezweifelt, daß Hoover nunmehr den Plan einer Sonderbotschaft ausführen wird, da sie hauptsächlich Vorschläge zur Erleichterung der britischen Raktung enthalten sollte, was nunmehr fortfällt, da die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen im jetzigen Stadium nicht der Beteiligung des Kongresses bedarf.

Vom „Tag“.

Das von Kuffig nach Zug übergeschickte Hauptblatt der Hakenkreuzler, dem die reichliche Kost der Grubenhunde zweiflich mündet und das einen geradezu beispiellosen Analphabetismus auf allen Wissensgebieten befinde, weiß aufsehend nicht mehr, welche Stellung es zu den deutschen Ereignissen einnehmen soll. Straffer oder Dillier? Koalition oder Staatsstreich? „Auf- oder Untergang“?

Wir wollen nachstehend unserer Leserenschaft — die „Tag“ Leser haben ja diese Wandlungen über sich ergehen lassen müssen — einen kleinen Auschnitt aus der Haltung des „Tag“ zum besten geben. Die Jahresrevue sieht so aus:

15. Dezember 1931: „Im braunen Haus in München schlägt und pulst das Herz des kommenden Deutschland“. Damals riefen die Herren Krebs und Jung auf den Knien vor dem DSAF und waren gebendet von dem unbesiegbaren Nimbus dieser strahlenden Gottheit.

18. Dezember 1931: „Hitler ruft auf zum Kampf! Er rief mit lauter Stimme und siehe da: die Papen und Schleichler kamen.“

25. Feber 1932: „Hitler Präsidenten-kandidat des erwachenden Deutschland“. Das blieb er vorläufig einige Wochen und veranlaßte den Deutschlandflug zu Ehren des jaulenden Jittauer Grubenhunds.

26. Feber 1932: „Deshalb gilt es das alte nationalsozialistische Wort erneut wahr zu machen: schlägt sie zusammen! Die SA hörte den Teufel anrufen und warf Bomben in die Schlafzimmer der Bewohner. So ergab sich die Feststellung am

24. April 1932: „Der Siegeszug des Nationalsozialismus ist unaufhaltsam“.

5. Mai 1932: „Nationalsozialismus, der Aufbruch des Volkes“. Die Wunde begann zu eitem; ihr gelber Ausfluß verpestete das Land.

1. Juni 1932: „Den Weg frei für Adolf Hitler“. Industrielle und Großgrundbesitzer gaben sich die redlichste Mühe, übernatürliche Pfastersteine zu spenden.

2. Juni 1932: „Die Stunde Hitlers ist nun gekommen; wenn nicht heute oder morgen, dann bestimmt in einigen Wochen“. — Es fiel ein Reif in der Frühlingnacht ...

2. August 1932: „Deutschland ruft Hitler. Nach Lage der Dinge in Deutschland ist es unmöglich, 13,7 Millionen Nationalsozialisten von der Staatsführung auszuschließen“. Und da lagen die Dinge und die Millionen Stimmen und es geschah nichts, Papen und Schleichler jubelten: unsere Chancen steigen!

8. November 1932: „Hitler behauptet sich gegen eine Welt von Feinden“. Der Nationalismus und die Juden waren doch vernichtet. Am 20. Juli wurde doch nach dem „Tag“ der „Augustall gemeint“? Wie im November eine Welt von Feinden?

18. und 19. November 1932: „Wird Georg Straffer Reichskanzler“. — „Hitlers geschichtliche Stunde“. — „Tumult“. Der Organisationsleiter läßt seine Majestät geschichtlich wirken und geht auf Urlaub.

22. November 1932: „Hitler von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt“. Da rauschten die Wälder um Hatzburg. Es frohlockte die SA: Jetzt bekommen wir bald unsere Freunde. Formiert euch, Parteibuchbesitzer!

25. November 1932: „Eine Präsidialregierung mit nationalsozialistischer Führung“. Die Berge kreisten und ein Mänslein erblickte das Licht der verjudeten Welt, in der sich auch die Rastführer Schattentrotz und Frauenfeld nicht mehr zurecht finden. Mittlerweile aber veranlaßte die Rastfraktion im Deutschen Reichstag, daß „Hitlers geschichtliche Stunde“ am fernen Horizont vernebelt.

Und der „Tag“ schlägt weiterhin Buzelbäume.

Der englisch-persische Oelkonflikt.

Note Persiens an England.

Teheran, 14. Dezember. (Reuter.) Die persische Regierung überreichte Montag abends der britischen Botschaft eine lange Note in der Angelegenheit des englisch-persischen Konfliktes in der Kaspikalkonzeption. In der Note heißt es u. a., daß die persische Regierung den Internationalen Gerichtshof im Haag zur Entscheidung des englisch-persischen Konfliktes für kompetent ansehe. Die persische Regierung hält die Aufhebung der D'Arcy-Konzeption für vollkommen gerechtfertigt, die Widerrufung dieser Aufhebung dagegen für nicht notwendig. In der persischen Note wird weiter behauptet, daß die britische Regierung eine Kampagne gegen Persien eingeleitet habe, um dadurch einen Druck auf Persien auszuüben, was sich aber, wie in der Note ausgeführt wird, mit dem Geiste der Aufrichtigkeit und mit dem Verlangen, den Frieden aufrechtzuerhalten, nicht vereinbaren lasse.

Persien wendet sich an den Völkerbund.

London, 14. Dezember. Der diplomatische Reuter-Korrespondent erzählt, daß der persische Gesandte in der Schweiz von seiner Regierung eine Instruktion erhalten habe, in Angelegenheit des persisch-englischen Konfliktes betreffend den Widerruf der Konzeptionen der englisch-persischen Petroleumgesellschaft beim Völkerbunde zu verhandeln.

Die Personal-Sparmaßnahmen.

Das Gehaltsgesetz im Parlament.

Prag, 14. Dezember. Das heute im Parlament vorgelegte Gesetz über die Personalpar-

I. Gehaltsabzüge.

Das Gehalt des Präsidenten der Republik wird um 150.000 K., die für die Ausgaben seines Amtes bestimmten Beträge werden um 350.000 K. gekürzt.

Die Bezüge der Mitglieder der beiden Kammern werden um 10 Prozent gekürzt, die Bezüge der Minister, der Präsidenten beider Kammern, des Gouverneurs von Karpatenrußland und der Beamten außerhalb der Besoldungsgruppen (Gouverneur der Postsparkasse, die höchsten Richter usw.) um 15 Prozent.

Table with 3 columns: Gehaltsspanne (über/bis), Prozentsatz der Kürzung, Anzahl der Abzugsgruppen. Includes rows for 9000-10.800 (3%), 10.800-12.600 (5%), 12.600-14.400 (8%), 14.400 (10%).

Die Abzugsgrundlage ist die Pensionsgrundlage; ist diese nicht bestimmt, legt sie die Regierung auf Antrag der zuständigen Zentralbehörde fest. Weitere Bestimmungen verhindern, daß einem Angestellten nach dem Abzug weniger Gehalt verbleibe als einem Angestellten mit der höchsten Abzugsgrundlage des nächsthöheren Abzugsprozentsatzes.

Die Pensionsbeiträge und der Beitrag zum Seiffonds werden ohne Rücksicht auf die erwähnten Abzüge bemessen.

Die Abzüge der Pensionisten.

Von den Ruhe- und Versorgungsrenten der Staatsangestellten, bzw. ihrer Hinterbliebenen, werden folgende Abzüge vorgenommen:

Table with 3 columns: Gehaltsspanne (über/bis), Prozentsatz der Kürzung, Anzahl der Abzugsgruppen. Includes rows for 9000-12.600 (5%), 12.600-14.400 (8%), 14.400-33.600 (10%), 33.600-49.800 (15%).

Die Abzugsgrundlage bilden die gesamten Ruhe- (Versorgungs-) Renten, jedoch ohne Kinderzulagen, Erziehungsbeitrag und Ergänzungszulage der Verheirateten.

Die letzte Etappe der Gleichstellung der Pensionisten, die am 1. Jänner 1933 erfolgen sollte, wird auf den 1. Jänner 1935 verlegt. Bei diesen Kürzungen entfällt jedoch der oben erwähnte Abzug; sie erhalten ihre bisherigen Bezüge unverändert weiter.

Weitere Paragrafen regeln die Abzüge von der Kongruenzergänzung der Zeelforsorgelichkeit, bzw. ihre Kürzungen nach demselben Schema wie bei den Staatsangestellten, bzw. Pensionisten. Auch die Pensionsdotation an Klubs und Religionsgesellschaften wird in demselben Ausmaß gekürzt.

Kürzung der Ruheentzüge der im Ausland lebenden Pensionisten

Die Ruhe- (Versorgungs-) Renten der Staatsangestellten und ihrer Hinterbliebenen, die nach den oben erwähnten Abzügen verbleiben, werden für die Dauer des bewilligten Aufenthalts außerhalb der Tschechoslowakei weitergeführt:

bei einem Betrag bis zu 24.000 K. jährlich um 10, der 24.000 K. übersteigende Betrag um 15 Prozent. Dabei darf jedoch das niederrste in der betreffenden Pensionsvorschrift festgesetzte Ausmaß nicht unterschritten werden.

Diese Kürzung gilt nicht für den zeitweiligen Aufenthalt außerhalb des Gebietes der Tschechoslowakischen Republik, der in einem Jahre zwei Monate nicht übersteigt. Für die Dauer dieser Kürzung entfallen die im Gesetz 70-1930 (§ 7) vorgesehenen Kürzungen.

Weihnachtsbeitrag.

Der Weihnachtsbeitrag nach dem Gesetz 144-1930 wird nicht ausbezahlt.

II. Dauernde Änderungen der Pensionsvorschriften.

Der Pensionsbeitrag der Staatsangestellten wird mit acht Prozent der Pensionsgrundlage (bisher sechs Prozent) bemessen.

Hat ein Staatsangestellter im aktiven Dienst, der in ihm der Pensionsversorgung teilhaftig ist, Anspruch auf staatliche Ruheentzüge, so verliert er diesen Anspruch mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, bzw. mit dem Tag seiner späteren Reaktivierung. Sofern die gesamten Ruheentzüge höher sind als die gesamten Aktivbezüge, so gebührt dem Angestellten die Differenz.

Erlangt ein solcher Angestellter bei Beendigung seines aktiven Dienstes keinen Pensionsanspruch, so lebt der alte Pensionsanspruch wieder auf; ansonsten ist ihm die für den früheren Ruhegenuß angerechnete Zeit in seinen Anspruch auf Ruhegenuß einzurechnen.

Mehr als ein staatlicher Ruhegenuß

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes hat ein Staatspensionist, der mehr als einen staatlichen Ruhebezug hat, bloß auf einen von ihnen nach eigener Wahl Anspruch. Die übrigen Ansprüche erlöschen. Solange er die Wahl nicht getroffen hat, ist ihm der höchste Ruhegenuß auszugeben, wählt er jedoch den Ruhegenuß, der aus seinem letzten Dienst hervorgeht, so ist dieser Ruhegenuß so neu zu bemessen, daß die für den erloschenen Ruhegenuß maßgebende Zeit mit eingerechnet wird. Geht der Angestellte nicht zur ärztlichen Untersuchung oder tritt er den Dienst nicht an, so werden ihm seine Pensionsbezüge eingestellt, bis er dies tut; höchstens aber bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem er die Altersgrenze für den unbedingten Anfall der Pension erreicht.

Tritt er dagegen den aktiven Dienst an, so

erlischt der Pensionsanspruch; er erhält die letzten aktiven Bezüge.

Die erwähnte Abfertigung beträgt 15 Prozent der Pensionsgrundlage für jedes ganze Jahr des anrechenbaren Dienstes, höchstens jedoch das Vierfache der Pensionsgrundlage.

Dienstverzicht weiblicher Angestellter.

Wenn eine Staatsangestellte mit mindestens fünf anrechenbaren Dienstjahren, die bereits verheiratet ist oder sich später verheiratet, sich des Dienstes freiwillig begibt, so erhält sie eine Abfertigung in der oben erwähnten Höhe (pro Dienstjahr 15 Prozent der Pensionsgrundlage, höchstens die vierfache Pensionsgrundlage).

Allgemeine Bestimmungen.

Das Gesetz findet auch auf die Lehrer der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, nichtstaatliche Professoren und Lehrer in der Slowakei, Seelsorger und auf die übrigen im Gesetz 70-1930 angeführten Personen sowie ihre Hinterbliebenen Anwendung. Ferner auf die Angestellten der im Gehaltsgesetz angeführten öffentlich-rechtlichen Korporationen und Anstalten. Falls diese Korporationen die Abzüge nicht durchzuführen, so werden ihnen die Aufwendungen aus staatlichen Mitteln, auf die kein gesetzlicher Anspruch besteht, Subventionen, Unterstüßungen usw. um den entsprechenden Betrag gekürzt.

Die Auszahlung der Dienst- bzw. Ruheentzüge

kann durch Regierungsverordnung höchstens auf den 15. Tag des betreffenden Monats verlegt werden; innerhalb dieses Rahmens kann auch die Art der Auszahlung geändert werden. Diese Bestimmungen finden analog auch auf Hinterbliebene nach Staatsangestellten Anwendung.

Die Staatseinnahmen für das Jahr 1933.

Öffentliche Abgaben:

Table with 3 columns: Abgabengruppe, 1933, 1932. Includes Direct Taxes, Sales and Excise, Monopoles, and Public Contributions.

Die wichtigsten öffentlichen Abgaben:

Table with 3 columns: Abgabengruppe, 1933, 1932. Includes Income Tax, Property Tax, Land Tax, and various other taxes.

Schachzug Amerikas gegen Japan.

Tokio, 14. Dezember. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Vereinigten Staaten und China einen provisorischen Vertrag unterzeichnet, demzufolge China eine Anleihe von 15 Millionen amerikanischer Dollar erhalten soll. China genehmigt als „Sicherheit“ den Bau bedeutender Flugstationen durch Amerika an der Ostküste der Hainan-Insel in Keitschan und an der Peiho-Mündung.

Verbotene Nebenbeschäftigungen.

Einem Staatsangestellten im Ruhestand ist es verboten, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, bzw. ein Unternehmen zu betreiben, sich an ihm zu beteiligen oder in einem Unternehmen beschäftigt zu sein, wenn dies den Interessen des Staates widerspricht oder der Staatswürde abträglich wäre, insbesondere wenn er bei dieser Tätigkeit seine frühere amtliche Beschäftigung ausüben könnte. Nebenbeschäftigungen werden im Disziplinarwege bestraft, eventuell auch mit dem teilweisen oder völligen Entzug der Pension.

Ständiges Nebeneinkommen von Pensionisten.

Hat ein staatlicher Ruhebeholder ein händiges Erwerbseinkommen, das der Einkommensteuer unterworfen ist, so wird seine Pension um den Betrag gekürzt, um den der Nebenverdienst seiner Pensionsgrundlage entsprechenden Gehalt übersteigt, höchstens jedoch auf die Hälfte; die Kürzung wird jedoch nur insoweit vorgenommen, als durch sie die Summe der Pension und des Nebenverdienstes nicht unter 10.000 Kronen jährlich sinkt.

Überprüfung der Dienstunfähigkeit.

Ein staatlicher Pensionist, der seitherzeit aus Dienstunfähigkeit vorzeitig in Pension gegangen ist, ist verpflichtet, falls er inzwischen nicht schon die für den unbedingten Anfall der Pension bestimmte Altersgrenze erreicht hat, sich auf amtliche Aufforderung hin einer neuen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, ob die Dienstunfähigkeit noch andauert. Dabei soll insbesondere auf seine Beschäftigung im Ruhestand geachtet werden.

Wird er dabei für dienstfähig erkannt, so hat er die Pflicht, über amtliche Aufforderung den aktiven Dienst wieder anzutreten. Will er dies nicht tun, so kann er sich für eine Abfertigung entscheiden, die an die Stelle aller seiner Pensionsansprüche für sich und seine Angehörigen tritt.

Alle Vorläufe, die auf die Dauer oder die Höhe der Aktivitäts- oder Ruhebezüge Einfluß haben, sind von der betreffenden Person der diese Bezüge gebühren, anzumelden, sofern sie nicht von Amts wegen beachtet werden. Nachmittels gegen die noch dem vorliegenden Gesetz ergangenen Entscheidungen haben keine aufhebende Wirkung.

Das Gesetz soll mit 1. Jänner 1933 in Kraft treten. Die Bestimmungen über die Gehaltsabzüge treten mit 31. Dezember 1934 außer Kraft.

Der Rativenbericht enthält ausführliches Material über die Behandlung der Staatsangestelltenfrage in einer Reihe anderer Länder. So hat Deutschland schon mit 1. Jänner 1931 die Gehalte um 6 Prozent gekürzt, seither sind noch zwei Zentungen am weitere 4 bis 7, bzw. 9 Prozent erfolgt. Italien hat bereits 1930 eine Zentung um 12 Proz. vorgenommen, Ungarn hat die Gehalte im vorigen Herbst um 10 bis 15 und seither noch zweimal um je weite 2 bis 5 Prozent gekürzt. Die Kürzungen in Rumänien betragen 10 bis 23 Prozent. Außerdem ist in einer Reihe dieser Staaten auch eine Herabsetzung der Zahl der Staatsangestellten durchgeführt worden.

„Zur Kürzung über 14.000 Kronen verhältnismäßig nicht mehr gesteigert wird, erklärt der Rativenbericht damit, daß hier die Salarisierung der Vorkriegsgehälter bereits mit einem niedrigeren Koeffizienten erfolgte und diese Angestellten schon durch den progressiven Zuschlag zur Einkommensteuer betroffen wurden. Eine Ausnahme wurde nur für die höchsten Beamten außer der Besoldungsgruppe (15% Abzug) getroffen.

Die Erhöhung des Pensionsbeitrages auf 8 Prozent entspricht der Regelung, wie sie der Einführung des Gehaltsgesetzes vom Jahre 1926 in Kraft war.

Anschließend begründet der Rativenbericht die neuen Pensionsvorschriften, so die Revision der Dienstunfähigkeit und die Beseitigung der Doppelrenten, wobei auch auf die eintretende Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen wird.

Ueber den finanziellen Effekt der Vorlage wird folgende Aufstellung gemacht:

Table with 3 columns: Abzugskategorie, 1933, 1932. Includes cuts for active employees, pensioners, and pension contributions.

Tagesneuigkeiten

Schlagwetterkatastrophe.

Luzern, 14. Dezember. In einer Orube unweit von Muns kam es zu einer Schlagwetterkatastrophe, wobei ein Teil des Schachtes einstürzte. Seben Bergarbeiter, darunter drei Italiener, wurden begraben.

Der Eindringling in Doorn

ein vielfach vorbestrafter Lump.

Düsseldorf, 14. Dezember. Der Eindringling im Hause Doorn Heinrich Jücker (erst wurde der Name Fischer, dann Feder gemeldet, d. Red.) ist, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, in das Amtsgerichtsgefängnis Emmerich eingeliefert worden. Versuche, ihn über das Motiv seiner Handlungsweise zu vernehmen, scheiterten, da Jücker die Aussage verweigert.

Das Vorleben Jückers ist recht trübe. Er ist der ungeratene Sohn einer achtbaren Familie. Ein Drittel seines Lebens hat der jetzt 32jährige hinter Zuchthausmauern zugebracht. Im Jahre 1923 wurde er wegen Veranbarung von Eisenbahnwagen zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. Später kamen eine Strafe von 4 Jahren Zuchthaus und zwei Strafen von 9 Monaten und einem Jahr dazu. Vor einiger Zeit stellte Jücker bei dem Reisser Pakant Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses nach Holland, hat aber den Pass nicht abgeholt. Er muß also als blinder Passagier die Grenze überschritten haben. Jücker hat vor einiger Zeit einen Brief aus dem Hause Doorn erhalten, offenbar die Antwort auf eine dorthin gerichtete Anfrage.

Elf Todesopfer eines Felssturzes.

Albacete (Spanien) 14. Dezember. Bei dem Toric Alcalá del Zucar löste sich ein gewaltiger Felsblock und zertrümmerte drei Häuser. Unter den Trümmern der Gebäude liegen elf Personen begraben. Zwei von ihnen wurden bisher als Leichen geborgen.

10 000 Litauer sollen aus Amerika heimkehren.

Aus Rom wird berichtet: Eine Sonderkommission des Außenministeriums hat ein Projekt ausgearbeitet, demzufolge 10.000 Litauer aus Amerika nach Litauen zurückkehren sollen. In der Heimat sollen ihnen Grundstücke zugewiesen werden.

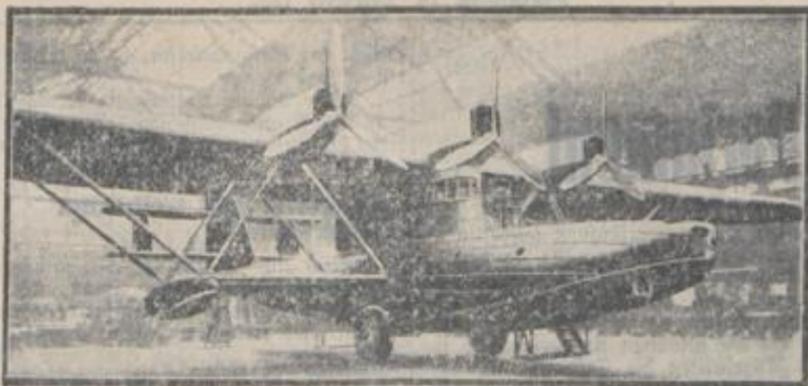
Ziehung der Raftenlotterie

120.000 K: 11.225.
50.000 K: 74.339.
20.000 K: 41.888, 61.255.
5.000 K: 93, 2.287, 75.110, 85.174.
2.000 K: 3.164, 11.276, 21.088, 26.767, 43.786, 65.819, 74.866, 77.284, 84.450, 85.079, 98.349, 104.161.
480 K: 491, 19.349, 21.168, 22.725, 27.298, 28.858, 29.096, 35.886, 55.376, 64.989, 67.232, 67.485, 75.605, 78.789, 83.124, 87.149. — Das mit 120.000 K gegogene Los wurde in Bilzen verkauft. Bisher konnte nur festgestellt werden, daß je ein Anteil ein nährlicher Angestellter, die Frau eines Werkführers und die Tochter eines Zimmermanns gewonnen haben.

Felssturz auf die Bahnstrecke bei Schöndorf.

Prag, 14. Dezember. Die Staatsbahndirektion in Prag veranlaßt: Am 14. Dezember um 1 Uhr 57 Minuten stürzte zwischen den Eisenbahnstationen Kestřizka-Böhmische-Schöndorf in Kilometer 524,2 auf der Strecke Prag-Bodenbad ein Felsen ein, der beide Strecken verlegte. Der Felsen der Strecke passierende Lokzug Nr. 1741 fuhr auf das Hindernis auf und hielt in Kilometer 524,6. Hierbei wurde die Jugoslawische Lokomotive beschädigt. Das Hindernis wurde vom rechten Geleise um 3 Uhr, vom linken Geleise um 3 Uhr 50 Minuten entfernt. Durch die Verbarrierung der Strecke wurde der Personenzug Nr. 702 um 72 Minuten verspätet. Die Ursache wird untersucht.

Die „Führer“ und ihre Westen. Aus England kommt eine „interessante“ Nachricht. Die Führer der chemischen Industrie haben sich dort auf einem Diner versammelt, mit dem ausgesprochenen Vorsatz, die Eintönigkeit des Lebens anzuhellern. Es soll das Programm damit eröffnet werden, daß die langweiligen weißen Westen der Herren bei den Abendgesellschaften, durch himmelblaue, scharlachrote, giftgrüne ersetzt werden sollen. Das also ist der Weisheit letzter Schluß. Die Welt noch bunter zu gestalten, als sie schon ist. Aber man kann sich an Farbe auch übernehmen, wie die arbeitslosen Proleten zum Beispiel das Grau ihrer Tage bald satt bekommen werden, trotz der „Bemühungen und Sorgen“, die man sich angeblich allenthalben um sie macht. Den himmelblauen, scharlachroten und sonstigen farbigen Westen sehen sie die abschlechte bleiche Farbe ihrer Wangen entgegen und erzielen damit Wirkungen, die gleichfalls geeignet sind, einen gewissen Kontrast in den All-



Ein neues Transozeanflugzeug fertiggestellt.

In Paris wurde vor einigen Tagen dieses neu konstruierte dreimotorige Amphibienflugzeug gezeigt, das für den Luftverkehr Paris—New York bestimmt ist.

tag zu bringen, wenngleich man dieser keine erhebende Wirkung zuschreiben kann. Auch wird bei ihren Dinern auf die Farbe der Westen kein Wert gelegt und Farbe bringt in ihr Leben das Blut, das sie jucken, wenn die Tuberkulose an ihnen leidet. Von solchen Betrachtungen sind die „Führer“ weit entfernt und ihr Programm ist eben noch immer, die Sorglosigkeit zu steigern, mit welcher sie bis heute die Krise zwar nicht gebannt, aber dafür verschärft haben. Von diesen bunten Westenträgern wird hin und wieder ein Optimismus zur Schau getragen, der auf nichts weiter gegründet ist als auf der Eintönigkeit des verschmodten und hyperturiosen Lebens, das diese Industriemagnaten noch immer führen. Manchmal haben diese Herrschaften auch die Vision von irgend einem Silberstreifen am Horizont, der die Ankunft einer besseren Zeit verkünden soll, aber zwischen Diner und Frühstück verflüchtigt sich die Vision für sie und wird zum Stagenjaumer für alle. Nur, daß ihnen, den Führern noch so viel bleibt zum guten Leben, um sich getrost Sorgen hingeben zu können wie dieser: Ob man zum Frad bunte Westen tragen darf oder nur weiße! Bis die Führer der chemischen Industrie dieses Problem gelöst haben, können unsere Gesichter in einem kommenden Gaskrieg durch das uns von diesen Führern kredenzte Gift alle Farben spielen oder aber, was auch nicht so ganz ausgeschlossen ist, die Arbeiter und ihre arbeitslosen Kollegen die Sorgen dieser Herrschaften schon zerstreut und damit der notwendigen wertvollen Menschheit zur Lösung ihres dringendsten Problems verholfen haben.

Vom Starkstrom erfaßt und getötet. Wie uns aus Paderborn berichtet wird, verunglückte der 33jährige Arbeiter Anton Preißner aus Boderham während der Arbeit in dem zum Raadener Elektrizitäts-Neberland zentrale gehörigen Werke Lubau dadurch, daß er mit der Starkstromleitung in Berührung kam. Der Unfallschick wurde, nachdem der Strom abgestellt worden war, sogleich beseitigt, doch blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Am Tod vorbei. Aus Saaz wird uns berichtet: Der Margarinehändler Franz Sözl aus Saaz befand sich mit seiner Frau im Personenauto auf der Fahrt von Komotau nach Saaz und „nahm“ bei Schiefelitz die anliegende Straße in so schnellem Tempo, daß das Auto die an der dortigen Straßenkreuzung befindlichen, niedergelassenen Bahnstrahlen durchstieß und auf dem Geleise der Eisenbahnstrecke Komotau—Saaz zu stehen kam. Die beiden Wageninsassen erlitten Verletzungen, kamen aber wie durch ein Wunder mit dem Leben davon, denn wenige Sekunden nach dem Unfall brannte knapp neben dem auf dem Bahnsörper befindlichen Kraftfahrzeug ein Güterzug vorbei. Der Verunglückte gab bei seiner Einnahme an, die herabgelassenen Bahnstrahlen nicht gesehen zu haben. Der schwer beschädigte Wagen mußte abgeschleppt werden.

Der deutsche Flieger Bertram, dessen Flugzeug bei einem Startversuch beschädigt wurde, beabsichtigt, nach Australien zurückzukehren, um nochmals den Versuch zu machen, in sieben Tagen von Australien nach England zu fliegen.

Eine furchtbare Podenepidemie wütet in Teheran. Von 422 Erkrankten sind seit dem 1. Oktober d. J. 258 gestorben.

Die größte Briefmarkenausstellung, die es bisher jemals gab, wird im kommenden Sommer, und zwar vom 24. Juni bis 9. Juli 1933 in Wien veranstaltet werden. In 38 Ländern und 130 größeren Städten wird für diese Ausstellung gewonnen werden.

Die britische Fliegerin Amy Johnson-Mollison, die auf ihrem Rückflug von Koptstadt nach London während der letzten 24 Stunden kein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, so daß man schon große Befürchtungen über ihren Befehl, ist Dienstag abends in Sao (Zuidan) eingetroffen.

Brand in einer Flugzeugfabrik. In der Nacht auf Mittwoch brach im Lagerhaus der Staatlichen Flugzeugfabrik in Warschau, in welchem Flugzeugteile eingelagert sind, ein Brand aus. Vier Feuerwehrautos konnten nur mit Mühe den Brand löschen, der

beträchtlichen Schaden angerichtet hatte. Ein Feuerwehrmann wurde im Verlaufe der Löscharbeiten verwundet. Die Ursache des Brandes wird untersucht.

Eine Wasserleiche. Bei Tahi-Tofalu unweit von Budapest wurde aus der Donau die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes gefischt. Man fand bei ihm eine Legitimation, die auf den Namen des tschechoslowakischen Staatsangehörigen Karl Stätina ausgestellt ist. Man nimmt an, daß Stätina am tschechoslowakischen Ufer der Donau in die Fluten gestürzt ist.

Die Post am „goldenen“ Sonntag. Am 18. Dezember wird der Dienst im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr wie an Feiertagen verkehren; die Post wird jedoch nur im Ortsbereich zugestellt.

„Gefängnis“ oder Leichenhalle für alle Gangster. So lautet das Schlagwort in einem Befehl Cermaks an die Polizei von Chicago. Sie wird welter darin aufgefodert, ihre Bemühungen zur Unterdrückung der Verbrecherbanden zu verdoppeln.

Der Schuß durchs Fenster. In das Fenster der Wohnung des Budweiser Lehrers Johann Mertil in Jld wurde Dienstag abends ein Schuß aus einem Gewehr abgefeuert, doch wurde niemand verletzt. Der Tat verdächtig wurde der 17jährige Arbeiter B. Slama aus Jld in die Haft des hiesigen Kreisgerichtes eingeliefert. Der Sohn Slamas hatte vor kurzer Zeit unter der Leitung des Lehrers Mertil an einem Schulausflug teilgenommen, wobei er sich durch einen Sturz so schwer verletzte, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte, von wo er jüngst auf Krücken zurückkehrte. Der Vater schob die Schuld an dem Unglück dem Lehrer zu und stieß auch Drohungen gegen ihn aus. Der Verdacht gegen Slama, den Schuß abgegeben zu haben, verstärkte sich, als man in seiner Wohnung ein Gewehr fand, in das das bei dem Lehrer gefundene Projektil paßt. Slama leugnet jede Schuld.

Jugend und Sozialismus. Die ausgezeichnete Rede, die der Genosse Dr. Franzel zu diesem Thema auf dem letzten Parteitag hielt, ist soden in Broschürenform erschienen. Die schmutze Schrift, deren Umschlagzeichnung vom Genossen Tapp stammt, ist zum Preise von Ks 0.50 durch alle Vertrauensmänner und Sekretariate zu beziehen; sie ist für unsere Werbung unter der Jugend und für die Werbung des Vertrauensziffes für sie unter unseren Vertrauensmännern unentbehrlich.

Hauptversammlung der Deutschen Völkerverbundliga. Am 13. ds. hielt die Deutsche Völkerverbundliga im „Deutschen Haus“ ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Den Bericht erstattete der Präsident Dr. Wilhelm Medinger. Die Wahlen in den Vorstand ergaben keine nennenswerten Änderungen. In der nachfolgenden konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes wurden die früheren Funktionen wiedergewählt: Präsident: Dr. Wilhelm Medinger, Vizepräsidenten: Senator Dr. Carl Heller, Dr. Friedrich Reiböck, Brüm.

Flucht aus der Ehe. Die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland ist von 16.657 — oder 15,2 pro 1000 der bestehenden Ehen — im Jahre 1913 auf 39.971 — oder 28,5 der Verhältniszahl — im Jahre 1931 gestiegen. Die Ehescheidungen erfolgen in stark wachsendem Maße wegen Verletzung der ehelichen Pflichten, eheliches Verbot (S 1568), 1913 waren 6780 Ehescheidungen so begründet, 1931 jedoch 29.471. Die Ehescheidungen wegen Ehebruchs stiegen in der gleichen Zeit nur von 9030 im Jahre 1913 auf 16.510 im Jahre 1931. — Unter den Ländern, für die aus dem Jahre 1930 die Angaben vorliegen, steht mit 97,9 Ehescheidungen pro 100.000 Einwohner das überwiegend katholische Oesterreich an der Spitze. Es folgen, mit den entsprechenden Verhältniszahlen: Japan 79,5, Lettland 76,3, Schweiz 67,2, Deutschland 63,3, Estland 62,5, Dänzig 59,6, Frankreich 49, Tschechoslowakei 38,8, Rumänien 38, Niederlande 36,2, Luxemburg 32, Belgien 30,8, Norwegen 29,9, Schottland 27, England und Wales 9, Kanada 8,6. Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Ehescheidungen in den Ländern mit starker katholischer Bevölkerung. Ein Beweis, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse härter sind als selbst so mächtige Bindungen, wie die der Kirche mit konsequenter Verweigerung der Anerkennung ehelicher Ehescheidungen.

Unter den französischen Arbeitsbeschaffungsplänen ist ein Riesenprojekt zur Ausübung und Regulierung der Rhone von besonderer Wichtigkeit. Man will einen schnellen und billigen Schiffsfahrtsweg zwischen

Kinder arbeiten für Kinder!

Zeit diesen Wochen ist die Arbeit in den Feinnachmittagen und Vorfrühen unserer Kindergruppen mit der Vorbereitung für die Weihnachtshilfsaktion der Kinderfreunde „Jedem Arbeiterkinder eine Weihnachtsgeschenke“ ausgefüllt. Hunderte Spielsachen werden hergestellt und es ist ersichtlich, wie aus einfachen, oft wertlosen Material die schönsten Spielzeuge entstehen. Da ist z. B. eine Kindergruppe damit beschäftigt, Bilderbücher herzustellen. Rund um den Tisch in der Wohnung eines Genossen sitzen 3 Jungen und 5 Mädchen. Zwei Jungen zeichnen nach bereits selbstgefertigten Schablonen auf Buntpapier die Bilder, zwei Mädchen schneiden sie aus, während die nächste sie auf den von den anderen zugerichteten Karten aufklebt. Aus geschnittenen alten Schachteln wird der Karton geschnitten, das Buntpapier sind Abfälle aus der Parteidrucker. So entstehen die „unzerbrechbaren“ Bilderbücher. Und dabei, damit die Arbeit schneller geht, wird gesungen oder erzählt. Das Hauptthema ist natürlich die Weihnachtshilfsaktion. Wieviel werden wir schaffen? Wird es auch für die vielen, vielen notleidenden Arbeiterkinder langen? Eine Gruppe hat die Aufgabe, außer den Geschenken für den eigenen Ort weitere 300 für Gemeinden herzustellen, in denen noch keine Ortsgruppen der Kinderfreunde sind. Diese Aufgabe war nicht leicht, müssen doch für alle Altersklassen, für Jungen und Mädchen verschiedene Spielsachen gefertigt werden. Deshalb hat die Gruppe auch zu Beginn der Aktion in einer eigenen Volksversammlung dazu Stellung genommen. Wir geben nachstehend einen kleinen Auszug aus dem Protokoll dieser Versammlung wieder: „Es wurde beschlossen: 150 Bilderbücher, 100 Puppen, 50 Zusammenlegspiele, 10 Quartette, 50 verschiedene Tiere (Pferd, Esel, Kuh) und 50 Pokalspiele herzustellen. Das Material wird nach der vorgelegten Liste des Helfers von den Kostfallen bezogen.“ Dieser Beschluß wurde durchgeführt, so noch mehr, es wurden insgesamt 445 Spielsachen fertiggestellt. — In gemeinsamer Arbeit, erfüllt mit Begeisterung und der daraus ersiehenden Kraft, haben die Helfer dieses schöne Hilfswerk proletarischer Solidarität geschaffen. In den nächsten Tagen wird nun das Werk vollendet. Die Helfer werden die ihnen von den Vertretern der Arbeiterfürsorge und den Helfern herausgeschickten Kinder besuchen, sie werden mit einem frischen Guke und den besten Wünschen die kleinen Geschenkpakete abgeben, oder sie werden die Spielsachen bei einer kleinen Feier verteilen.

So verwirklichen die Kinderfreunde die Idee der Gemeinschaft und üben praktische Solidarität an allen wirtschaftlich Schwachen. S. 2.

Marseille und Straßburg schaffen, die Wasserkräfte zur Elektrizitätsgewinnung auszunutzen und zugleich eine systematische Bewässerung der Uferlandschaften vornehmen.

Der ewige Prozeß. Im Berliner Caro-Betschel-Prozeß hielt Justizrat Drüder in Verantwortung des Albergischen Fünfstagesplädoyers eine sechstägige Replik. Dann ergriß wieder Professor Alberg das Wort. Er erklärte, daß sein Mandant schon aus rechtlichen Gründen freigesprochen werden müsse. Wann es zur Urteilsfällung kommt, läßt sich noch nicht sagen. Die Betschel-Anwälte haben wieder eine Reihe von Beweisanträgen gestellt.

Hilfe für Rosemarie. Im Berliner Theater im Admiralspalast wurde am Montag Franz Schallpiet „Lilium“ zugunsten der von ihrer Mutter so schwer mißhandelten, jetzt langsam genesenden sechsjährigen Rosemarie Boddin gespielt.

Fund aus der Bronzezeit. In der Gemeinde Bené im Bezirke Berchovo fand ein Landwirt bei Arbeiten im Weingarten ein Tongefäß, in welchem sich 20 Bronzeringe im Durchmesser von 6 Zentimetern befanden. Es wurde festgestellt, daß der Fund aus der Bronzezeit stammt. An der Fundstelle werden unter Leitung des Direktors des Munkacszer Museums Ausgrabungen vorgenommen werden.

Blutige Grenze. In einer nahe der Grenze bei Aachen auf belgischem Gebiet liegenden Wirtschaft auf der Landstraße nach Eupen wurde der Gendarmeriekommandant der belgischen Gemeinde Eynatten mit einer Schußwunde im Kopfe aufgefunden. Man brachte ihn nach Eupen, wo er einige Stunden später starb. Es steht noch nicht fest, ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prag: 18.35 Deutsche Sendung. — Mähr.-Sjrau: 19.35 Harmonika-Vorträge. 22.15 Orchesterkonzert. — Berlin: 14.00 Schallplatten. 15.50 Heitere Gesänge aus Operetten. 16.30 Orchesterkonzert. 21.15 Gustav Mahler 21.00 Opernprobe. — Breslau: 11.50 Konzert. 14.30 Schallplatten. — Frankfurt-Mühlacker: 10.05 Virtuose Flötensolist. 12.00 Unterhaltungskonzert. 17.00 Orchesterkonzert 22.45 Mailänder Scala (Schallplatten). — Hamburg: 21.00 Populäres Konzert. — Königsberg: 16.30 Märchen in der Musik. 19.30 Gewandhauskonzert aus Leipzig. — Langenberg: 7.05 Konzert (Schallplatten). 13.00 Konzert. — Leipzig: 6.35 Frühkonzert (Philharmonisches Orchester Leipzig). 12.00 Blaskonzert (Schallplatten). 16.00 Konzert. 19.30 Gewandhauskonzert. 21.30 „Bon Narren, Zebimen und erhablichen Deuten.“ — Wien: 21.35 Kammermusik von Brahms. 22.35 Bauernmusik.

SONNTAG, DEN 18. DEZEMBER, verkaufen wir den ganzen Tag, in allen unseren Verkaufsstellen!



Die Stimme des Blutes.

Vor kurzem wurde auf den Gleisen der Berliner Stadtbahn ein sechsjähriges kleines Mädchen aufgefunden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben zum Geständnis der eigenen Mutter des Kindes geführt, ihr Töchterchen über die eisernen Brückengeländer auf die Gleise geworfen zu haben, um die Versicherungssumme von 1000 Mark zu erhalten, die ihr im Todesfall der Kleinen zustand.

Die Erregung über dieses Verbrechen ist naturgemäß vor allem unter den Frauen der Umgebung groß. Immer wieder fragen sich die Mütter, wie es möglich sein kann, daß eine Frau ihr einziges Kind um einer Geldsumme willen, auf eine so furchtbare Weise zu töten versucht. Zweifellos handelt es sich hier um eine Entartung, die glücklicherweise selten ist, und deren Gründe sicherlich im Laufe der Gerichtsverhandlung im einzelnen zutage treten werden. Dennoch darf diese Untat einer Mutter nicht allein mit dem Begriff der Entartung abgetan werden. Gewiß ist das Verbrechen an der Sechsjährigen ein Einzelfall. Aber sind die furchtbaren Mißhandlungen von Kindern, deren sich Mütter immer von neuem schuldig machen, nicht Mitglieder der gleichen Rasse? Alle diese Fälle, die wir im Laufe der letzten Jahre vor den Gerichten erledigt haben, alle diese kurzen und doch so viel-sagenden, erschreckenden Protokolle von Auslagen der Kinder gegen ihre Mütter, der Mütter gegen ihre Kinder — sagen sie uns nicht im tiefsten Grunde das Gleiche?

Seit Jahrhunderten ist der Begriff der Mutterliebe für uns ein absoluter Wert. Als unantastbar, als heilig preist ihn die Religion. Die bürgerliche Kultur, die den Begriff eines „Muttertages“ schuf, umkleidete ihn mit allem Glanze bis zur übertriebenen, romantischen Verbrämung. Wir wollen ihr das Recht dazu nicht absprechen. Die Kraft und Leistung der Mutter, die innere Verbundenheit von Mutter und Kind, die zum Symbol des Jungsten wurde, das unsere Kultur kennt — alles das, was seit Jahrhunderten auf allen Gebieten des Lebens von der Mutter geschaffen wurde, redifiziert das Maß der Verberrlichung. Trotzdem dürfen wir nicht die Augen schließen vor der Wirklichkeit, wie wir sie zu sehen gezwungen sind. Auch die Frau, die Mutter geworden ist, unterliegt allen Gefahren, allen Selbsttäuschungen und Verwirrungen, an denen Menschen schuldig werden können. Nicht immer ist die Kraft der Verbundenheit von Mutter und Kind in der Wirklichkeit gleich groß wie im Wunschtraum und in der Phantasie.

Wer denkt nicht an die grausame Täuschung der alten Frau Daubmann, deren Zeugen wir vor wenigen Wochen sein mußten! „Wenn i nur nit stirb“, so stöhnte die Frau immer wieder, als sie auf dem Bohrhof den scheinbar endlich wiedergefundenen Sohn erwartete. Der Aufkom-mende war ein Schwindler, den nicht alle ver-trauensfähig aufnahmen. So schlug ein Vater die Hände über dem Kopfe zusammen, als er den angeblichen Oskar Daubmann wieder sah, und gab seinem Zweifel lauten Ausdruck. Aber das Wort der Mutter hieß alle mißtrauischen Gemüter schweigen. Es war wie im Gedicht von heimkehrenden Wanderburschen, den die Mutter als erste und einzige erkennt. Auch hier hielt man das Gefühl der Mutter für untrüglich, ihr Urteil für maßgebend. Doch die harte Wirklich-

Goldfische im Meer.

Der Schatz in der Straße von Tschi-Si.

Die japanische Regierung genehmigte einen Vertrag zur Hebung des Kriegsschiffes „Petropawloff“, das mit 140 Millionen im gemünzten Golde unterging.

In unserer Zeitalter wissenschaftlicher Geologie, der Ausnutzung magmatischer Erdkräfte beim Auffinden von Erzlagerstätten, hat die alte, auf instärem Aberglauben beruhende Schatzgräberei keinerlei Existenzrecht mehr. Schätze werden heute nur noch mit den Mitteln wissenschaftlicher Erkenntnis und unter Anwendung aller technischen Erfindungen gehoben. Die Schatzgräberei hat damit allen mystischen Zauber verloren und zwei verschiedene, einander ausschließende Wege betreten. Es gibt heute „Goldmacher“, die versuchen, durch Atomzertrümmerung die Elemente des Goldes, die Voraussetzung aller Schätze, zu erhalten, und es gibt noch Schatzsucher, die gestützt auf wissenschaftliche Feststellungen über geographische Ereignisse früherer Jahrhunderte, versuchen, alte Schätze an bekannten, bisher aber unzugänglichen Orten zu heben. Diesem Zweig der modernen Schatzgräberei ist das Goldsuchen auf dem Meeresgrunde entsprungen. Man hat festgestellt, wo und an welchem Tage die Schiffe von Gold- und Silberflotten versanken, hat nach dem Rumpf jener Schiffe gefischt, die die tollsten Schätze verborgen und hat dann versucht, die Schätze wieder aus der Dunkelheit des Meeres ans Licht zu heben.

Aber in jenen Meeren, die Europa umfluten, gibt es jetzt drei solcher Versuche, von denen sich bisher einer gelohnt hat: die Bergung des Goldschiffes der „Egypt“ im Remelekanal. Aber auch da stehen, wie bei den abergläubischen Schatzgräbern, die mit Laternen, Fackeln und Schaufeln ausgerüstet in Vollmondnächten ausjagen, um ihre Schätze zu heben, die Anstrengungen in keinerlei Einklang mit den materiellen und physischen Gesetzen, die der modernen Schatzgräberei gebietet wurden. Im Fernen Osten wird das Experiment wiederholt werden. Im russisch-japanischen Krieg blockierten die Japaner das Gelbe Meer und sperrten für das russische Reich den Seeweg nach dem Pazifik. Die Blockadewirkungen waren vor allem moralischer Natur, sie wirkten zerschendend auf die Landfront ein. Der Zarismus versuchte deshalb mit goldenen Ketten die eiserne Umklammerung der Japaner zu sprengen. Das London hat das in

seinen Berichten aus jener Zeit meisterhaft geschildert. Zur Sprengung der Blockade und für den erfolgreichen Auszug des ganzen Unternehmens waren große Geldbeträge und Goldtransporte zur chinesischen Küste erforderlich. Deshalb erhielt der russische Schlachtschoner „Petropawloff“ den Befehl, 140 Millionen gemünzten Goldes an Bord zu nehmen und damit durch die Blockade zur chinesischen Küste zu dampfen. Der Schlachtschoner war das schnellste und am besten armierte Schiff der russischen Flotte im Gelben Meere, die Japaner hatten keine gleiche Einheit dem Schiffe entgegen zu stellen. Der Schlachtschoner dampfte auch los und wurde in der Straße von Tschi-Si gestellt und von den kleinen japanischen Booten in den Grund geschossen. Er versank mit seiner Mannschaft und dem kostbaren Schatz in den Fluten. Nachdem die Japaner in der Randschurlei seinen Fuß gefaßt hatten, tauchte sofort der Plan einer Hebung des versunkenen Goldes auf. Es hat aber Jahre gedauert, bis man den verfunkenen Schiffsrumpf wieder fand. Durch Lotungen wurde festgestellt, daß er nahe der Küste in einer Tiefe von neunzig Metern liegt.

Als man endlich den Standort ausgemacht hatte, bildete sich eine Gesellschaft japanischer Finanziers, die sich die Hebung des Goldschiffes zur Aufgabe setzte. Jetzt hat die japanische Regierung dieser Goldsucherei auf dem Meeresgrunde ihre Sanction gegeben unter der Bedingung, daß der Goldschatz der Staatskasse einverleibt wird — wenn er gehoben werden sollte. Aber das hat noch keine Schwierigkeiten, die weit größer sein dürften als etwa jene, die bei der Hebung der Schätze in europäischen Gewässern aufstehen. Vor allem macht die Khorie Strömung und der steigende Zug in der Nacht von Ostern das Tauchen in solchen Tiefen zu einem Problem. Dann aber lassen auch die eigenartigen Strömungs- und Wetterverhältnisse ein dauerndes Tauchen und die ständige und notwendige Stationierung der Hochschiffe fast unmöglich werden. Das ganze Experiment hat seiner ganzen Anlage nach das Aussehen, als wenn dem versunkenen Golde noch manches Opfer an Gut und Menschenleben gebracht werden müßte bevor es möglich sein wird, auch nur einen Teil wieder aus der dunklen Tiefe ans Tageslicht zu fördern. Aber, so ist es immer, Goldinteressen gehen anderen Lebensinteressen vor, und so wird die Goldsucherei auf dem Meeresgrunde bald doppelte Früchte tragen.

Ein Hund von Heute.

„Es möcht kein Hund so länger leben!“
Erklärte Goethes Faust einst desidiert.
Im Mittelalter hat sich das begeben,
Ein Hund von Heute weiß den Kopf zu heben,
Nicht nur das Bein. — Er fühlt sich artbildert. —

Man widmet seine Zärtlichkeit dem Hündchen,
Sind Babys doch in noblem Haushalt vor!
Madame küßt, mit dem rotlackierten Hündchen,
Behütet eifrig vor galanten Sündern
Ami, ihr süßes Hundezemplant. —

Die Köchin küßt, wenn etwas vom gewählten
Menü für's Hündchen nicht nach Wunsch gerät.
Oft reitete Ami, den Undermähten,
Bis von Verdauungsstörungen Sequälen,
Verbeizte die Heilapostolat. —

Ein solcher Wan-wan ist Beachtungsfinder
Ihn nicht zu reizen Jeden ich ermahn!
Ami, das Reibobjekt getlumpter Kinder,
Spreizt à la Großverdiener sich, nicht minder,
Er hält die Taschen zu, pumpt ihn Wer an. —

Gesetzt den Fall, verehrter Reiter Goethe,
Daß jetzt Ami jenem Registratorlein
Zum Tausche seine Existenz anböte,
Kaufst schilige, überflammt von Freudenreie,
Sofort in solche Hundepfote ein! —

Rose Feld

das 13 Jahre lang unter ihrer Obhut gestanden hatte, tief verbunden fühlten. So siegte nicht die Stimme des Blutes, sondern die der Liebe und der Gewohnheit.

Drei einander wenig ähnliche, ja, in Schaul-platz und Auswirkung völlig verschiedenartige Geschehnisse haben so ihren Abschluß gefunden. In einem aber berühren sie sich und werden einander gleich: In jedem Falle war nicht die Stimme des Blutes, die wir als maßgebend zwischen Mutter und Kind anzunehmen gewohnt sind, von wesentlicher Bedeutung, sondern andere Momente. Die Blutsverbundenheit von Mutter und Kind wurde in dem Verbrechen gegen das sechsjährige Töchterchen völlig durch Geldgier überdeckt. Im Falle Daubmann hieß die Mutter für die Stimme des Herzens und des Blutes, was in Wahrheit nichts als die glühende Hoffnung war, den Sohn wiederzuhaben, ein kurzer Wunschtraum, der vor der Wirklichkeit zusammenbrach. Im Kinder-tausch von München-Obbach endlich bekamen sich gerade die Hauptbeteiligten, Mutter und Kind, trotz völliger Arbeit der Beziehungen zu Blutsfreunden und konnten sich nicht entschließen, einander zu verlassen. So zeigen diese Beispiele, daß die Mutterliebe nichts Absolutes, Geradliniges, Feststehendes ist, wie es die Vergangenheit lehrte, sondern etwas Relatives, Wandelbares, das den verschiedensten Einflüssen unterliegt. In vielen derartigen Fällen des Alltags ist nicht die leibliche Mutterliebe entscheidend. Und Mutterliebe ist nicht immer eine Beghebet, sondern oft auch eine Aufgabe, die Frauen in schwerem Kampfe mit sich selbst lösen müssen. Eile.

leit konnte der Dichtung nicht standhalten, und der schöne Traum endete mit einem trostlosen Erwachen.

Noch ein anderer, höchst bedeutsamer Fall gehört hierher: Der Kinder-tausch von München-Obbach, der vor kurzem seinen Abschluß fand. In einem Wöchnerinnenheime waren zwei Kinder ver-tauscht worden. Die eine Mutter, Minna Donk, erkannte bereits am zweiten Tage, daß der keine Junge, den ihr die Pflegerin brachte, anders aus sah, als das Kind, das sie am ersten Tage in den Armen gehalten hatte. Da sie jedoch ihren Verdacht nicht beweisen konnte, blieb ihr nichts anderes übrig, als das falsche Kind aufzuziehen, zumal da die zweite Mutter das vertauschte Kind als ihr eigenes betrachtete und gegen jeden Verdacht protestierte. So vergingen nicht weniger als dreizehn Jahre. Minna Donk umgab das fremde Kind mit aller Liebe, zumal da es kränzlich war, und die andere Mutter, die

des festen Glaubens war, ihr eigenes Kind auf-zuziehen, tat das gleiche. Allmählich aber häuften sich die Anzeichen, die auch sie mißtrauisch machen mußten. Ähnlichkeit, vererbte Eigen-schaften, Talente, Abneigungen traten zu deut-lich, zu unmißverständlich auf, um nicht klar er-kannt zu werden. Man prüfte und verglich. Die beiden Familien standen seit langem in freund-schaftlichen Verkehr untereinander, und so war es nicht schwer, diese Vergleiche gründlich durch-zuführen. Das Ergebnis gab Minna Donk recht. Beide Eltern reichten nun die Feststellungsfrage ein, und es ergab sich, daß tatsächlich eine Ver-wandlung vorgekommen war. Aber nun begann der große Konflikt: Jed's der vertauschten Kin-der hatte seine „Mutter“ so lieb gewonnen, daß es die Pflegemutter nicht mit der richtigen Mutter vertauschen mochte. Genau so erging es auch den beiden Frauen, die sich nicht nur mit dem eigenen, sondern auch mit dem Pflegekinde,

Eines Rätsels Lösung wird gesucht.

E. Aldi.

Wenn wir einen Pflanzensamen in den Boden säten — eine Erbse, ein Weizenkorn, einen Mohnsamen oder eine Kofossnäh, so ist es voll-ständig gleichgültig, in welche Lage wir ihn brin-gen: das hervorwachende Pflänzchen findet seinen Weg. Es wird stets das Wurzelschen nach abwärts ins Erdreich bohren, den ergrünenden Sproß nach aufwärts, dem Licht entgegenstrecken. Egen wir ein gerade gewachsenes Keimpflänzchen, etwa einen Sonnenblumenkeimling, horizontal, so zeigt sich schon nach Stunden, daß das kleine Pflanz-chen die vertikale Lage wieder zu gewinnen sucht, daß es seine Wurzeln nach abwärts krümmt, den Sproßteil aufrichtet, und nach ein paar Tagen ist die Drehung vollzogen, der Ju-wachs ist wieder vollständig gerade eingestellt in die Richtung der Erdschwere. Sehr zweckmäßig, sicher! Aber wie macht das die Pflanze? Hat sie denn die Richtung der Erdschwere empfunden? — Wenn ein Lichtstrahl eine im Dunkeln auf-wachsende Keimpflanze trifft, so wächst sie ihm geradezu entgegen, und sei es auch, daß sie sich dabei im rechten Winkel umbiegen müßte. Und unsere Zimmerpflanzen verhalten sich äh-nlich, wenn sie ihre Zweige dem Licht verlangend entgegenstrecken, und ihre Blätter dem Fenster zukehren. Hat die Pflanze das Licht gesehen, ge-fühlt, wohl gar berührt empfunden? Begehrlich würde man nach einem Organ suchen, in dem sich Berührungsvorgänge abspielen könnten, wie im menschlichen Gehirn. Und doch sehen wir die Pflanzen zweckmäßig reagieren, in bestimmter Weise auf äußere Reize antworten, auf Licht und Schwerkraft, auf chemische Reize. Verdrängungs- und Erschütterungsreize. Wir finden weder Sin-nesorgane noch Nerven im Pflanzenkörper, so sehr wir auch suchen mögen. Lange tappte man

im Dunkeln, suchte nach Organen, nach Reiz-Leitungsbahnen. Erst die letzte Zeit brachte etwas Licht in die Frage und einen wertvollen Finger-zeig. Längst wußte man, daß das Wachstum einer Pflanze nicht nur auf die Vermehrung ihrer Zellen durch Teilung beruht, sondern auch auf einer darauf folgenden Streckung der Zellen. Man wußte auch, daß diese Streckung nicht mehr normal erfolgen kann, wenn man dem Sproß oder dem Wurzelschen die Spitze abschneidet, und sei es auch nur das äußerste, kaum Millimeter lange Spitzchen. Die Pflanze hat dabei plötzlich die Orientierung verloren, scheint sich nicht mehr zu-rechtzufinden im Raum, redt hilflos die Wurzel in die Luft, wenn der Experimentator so grausam war, sie umzudrehen, — bis dann endlich neue Seitensproßzweige hervorbrechen, mit wohlbehal-tenen Spitzen, die alsbald die richtige Lage wiederfinden, und das Pflänzchen im Boden ver-antern. Und mit dem Sproß verhält es sich eben-so. Weder Licht noch Schwerkraft fühlt er mehr.

Nun fand man neuerdings, daß das gestörte Wachstum sofort wieder einsetzt, und die geotropische oder phototropische Krümmung normal er-folgt, wenn man die abgeschnittene Spitze wieder aufsetzt. Sie wächst zwar nicht wieder an, fördert aber trotzdem die Zellstreckung in dem Stumpf, und da die Krümmung auf einen Schwere, oder Lichtreiz hin durch veränderte starke Streckung an der dem Reiz zugekehrten und der ihm abge-kehrten Seite erfolgt, so kann die Pflanze nun wieder in gewohnter Weise reagieren. Bringt man nun aber eine trennende Schicht, etwa ein Staniolblättchen, zwischen die beiden Schnitt-flächen, so ist die Wirkung aufgehoben. Anders verhält es sich, wenn man als Zwischenschicht Gelatine oder Agar wählt. Dann geht das Wachstum ungehindert weiter. So es legt sogar dann wieder ein, wenn man, anstatt die Spitze wieder aufzusetzen, nur ein Gelatinewürfelschen auf den Stumpf bringt, welches vorher mit der Schnittfläche der Spitze in Verbindung gestanden hatte. Selbst die geotropische Reaktionsfähigkeit

ist wieder hergestellt. Diese Entdeckung erschien zunächst wunderbar. Es mußte sich also wohl um einen Stoff handeln, der aus der abgeschnittenen Spitze in das Gelatinewürfelschen übergegangen war und nun in die Keimpflanze weiterwanderte. Diese Vermutung hat sich bald bestätigt. Es zeigte sich, daß tatsächlich ein solcher Stoff, eine das Wachstum fördernde Substanz ist, die nicht ein-mal artspezifisch zu sein scheint, denn die Spitze irgendeiner Pflanze kann bei irgendeiner belie-bigen andern das Zellwachstum anregen. Die Schattenseite eines Keimlings erwies sich als reich an Wachstostoff, als die Lichtseite. Durch diese ungleiche Verteilung muß die Streckung der Pflanze auf der dem Licht abgekehrten Seite stärker sein, wodurch die Krümmung zum Licht verursacht wird. Entsprechend verhält es sich beim Geotropismus, der Krümmungsbewegung, welche die Einstellung zur Schwerkraft im positiven oder negativen Sinne bewirkt. Die Ober-seite eines horizontal gelegten Pflänzchens ent-hält im Sproßteil weniger Wachstostoff, als die untere Seite, so daß der Stoff auch hier wieder steuern wirkt.

Dieser allgemein verbreitete Wachstostoff er-innert in seiner Wirkungsweise an die tierischen Hormone. Man könnte ihn als ein Pflanzenhor-mon bezeichnen. Man hat ihm den Namen Auxin beigelegt, und es ist sogar bereits gelungen, ihn rein darzustellen. Man versuchte es zunächst, ihn aus Maiskeimlingsspitzen zu gewinnen. Man kochte 100.000 Maispflänzchen und verarbeitete ihre Spitzen. Aber die Auxinmenge, die man aus ihnen gewinnen konnte, war äußerst gering. Sie lieferten nur 0.01 mg Auxin, viel zu wenig für eine chemische Untersuchung. Man suchte also nach reicheren Ausgangsmaterial, und es zeigte sich, daß der Stoff auch in Pilzen und Bakte-rien vorkommt. Und endlich entdeckte man den-selben, oder wenigstens einen in der Wirkung völlig analogen Stoff, und zwar in beträcht-lichen Mengen im — menschlichen Harn. Ein Liter Harn enthält etwa 2 mg von dem sel-

ten Stoff. Durch mühsame und langwierige Arbeiten ist es endlich gelungen, den Stoff rein darzustellen. Die wachstumsfördernde Wirkung dieses Stoffes ist ganz die nämliche, wie bei dem aus den Spitzen isolierten Stoff. Unter vielen andern, ähnlichen Stoffen, die man auf diese Wirkung hin prüfte, erwies sich nicht ein einziger als wachstumsfördernd. Auxin ist eine einbasische Säure, frei von Stickstoff, Phosphor und Schwefel.

Wie kommt nun dieser Stoff in den mensch-lichen Harn? Entsteht er durch die Tätigkeit der Darmbakterien? Oder stammt er aus der pflanz-lichen Nahrung? Ist er ein Stoffwechselprodukt des menschlichen Körpers und hat er hier irgend eine Funktion zu erfüllen? Jeder Mensch schei-det täglich 1 bis 3 mg Auxin aus. Vielleicht stammt es wenigstens zum Teil aus den Fett-stoffen unserer Nahrung, die es in gebundener Form enthalten. Es es außerdem vom mensch-lichen Körper selbst erzeugt wird, ist noch unbe-kannt, ebenso, ob es auch hier die Rolle eines das Zellwachstum fördernden Stoffes spielt.

Ein Rätsel hat man gelöst, die Frage: wie kommt es, daß sich die Pflanzen geotropisch und phototropisch krümmen? Die Antwort lautet: ein Wachstostoff bewirkt einseitige Zellstreckung. Hund-ert andere Fragen stehen auf: Wie bildet sich das Auxin? Warum entsteht es in größerer Menge in der Schattenseite, an der Unterseite des horizontal gelegten Sproßes? Und warum liegen die Verhältnisse in der Wurzel gerade umgekehrt wie im Stengel? Und da ist sie schließlich doch wieder, die alte Frage: Warum wachsen die Wurzeln nach abwärts, positiv geo-tropisch, die Stengel im negativen Sinne, vom Erdmittelpunkt weg; warum streben die Sten-gel zum Licht, die Wurzeln vom Licht weg? — Wir sind so klag als wie zuvor! Aber so ist es immer: je mehr wir erfahren, desto komplizier-ter erscheinen uns die Dinge, desto mehr Probleme stehen vor uns auf und desto tiefer erkennen wir, daß wir nichts wissen.

